

Kreistag des Landkreises Altenburger Land

Niederschrift

KT/004/2024

der 4. Sitzung des Kreistages des Landkreises Altenburger Land – **öffentlicher Teil** - am Mittwoch, dem 27.11.2024, im Landratsamt Altenburger Land, Lindenaustraße 9, 04600 Altenburg, Landschaftssaal

Anwesenheit:

Landrat

Melzer, Uwe

AfD-Kreistagsfraktion

Beer, Tommy

Göring-Kube, Antje

Hoffmann, Thomas

anwesend ab 17:07 Uhr

Kühne, Sven

Oehler, Bernd

Philipp, Heiko

Schmidt, Jens

Scholze, Andreas

Senftleben, Thomas

Spöhr, Mirko

Tänzler, Manuela

CDU/FDP-Fraktion

Backmann-Eichhorn, Kathrin

Dathe, Ronny

Greunke, Marcel

Gumprecht, Christian

Hermann, Rolf

Neumann, André

anwesend bis 19:33 Uhr (Ende TOP 7)

Nündel, Thomas

Pradel, Henrik, Dr.

Reinboth, Gerd

Tanzmann, Frank

Vohs, André

Weiß, Torsten

Zetsche, Andreas

Zippel, Christoph

SPD/Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Helbig, Carsten

Läbe, Hendrik

anwesend bis 19:33 Uhr (Ende TOP 7)

Paulicks, Alexander

Rath, Doreen

Schrade, Sven

Toll, René

Fraktion DIE LINKE.Altenburger Land

Eißing, Mandy

Plötner, Ralf

Seifert, Susann

Tempel, Frank

Fraktion STARKE HEIMAT

Lahr, Thomas
Morgenstern, Thomas
Quellmalz, Lars
Schütze, Frank

Fraktion DIE REGIONALEN

Gerth, Ralf
Helbig, Christine
Liefländer, Klaus-Peter

hauptamtl. Beigeordneter

Bergmann, Matthias

Fachbereichsleiter

Just, Frank
Thieme, Ronny
Wenzlau, Bernd

Fachdienstleiter

Apel, Michael
Bessel, Holger
Etzold, Loreen
Heiner, Jens
Noll, Matthias
Trübger, Jörg
Wiechert, Silvia
Wolf, Thomas

Schriftführung

Albrecht, Angelika
Gabler, Kerstin

weitere Teilnehmer

Häntzschel, Lisa
Roh, Sabrina
Rösler, Wiebke
Seidel, Mathias
Trommer, Tina

Gäste

Arnold, Volker
Karthe, Marco
Werner, Gundula, Dr.

sowie Fachdienstleiter und weitere Mitarbeiter des Landratsamtes, Vertreter der Presse und weitere Zuhörer.

Entschuldigt fehlen:

AfD-Kreistagsfraktion

Leibnitz, Carsten
Meewis, Holger
Weber, Ronny

Fraktion DIE LINKE. Altenburger Land

Sojka, Michael

Vorsitz: Christian Gumprecht
Schriftführung: Angelika Albrecht, Kerstin Gabler
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:31 Uhr

Verlauf der Sitzung:

Der Vorsitzende, Herr Gumprecht, eröffnet die 4. Sitzung des Kreistages und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und Beschlussfähigkeit besteht.

Auf die Nachfrage, ob es Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt, teilt Herr Melzer mit, dass die KT-DS/0065/2024 „Satzung des Landkreises Altenburger Land über die Vermeidung, Verwertung und Entsorgung von Abfällen“ zurückgezogen wird. Ebenfalls zurückgezogen wird die Satzungsänderung für den Beirat für Integrierte Sozialplanung – KT-DS/0052/2024.

Herr Paulicks stellt den Antrag, dass die KT-DS/0061 „Haushaltssatzung des Landkreises“ (TOP 18) sowie die KT-DS/0062 „Finanzplan des Landkreises Altenburger Land“ (TOP 19) aufgrund der Wichtigkeit eher behandelt werden, nach TOP 5.2. Der Vorsitzende lässt darüber abstimmen. Der Antrag erhält eine Mehrheit. Die Haushaltssatzung sowie der Finanzplan werden als TOP 6 bzw. TOP 7 eingeordnet. Die weiteren Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Die folgende geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Tagesordnung:**Drucksachen Nr.**

- | | | |
|-----|--|-----------------|
| 1 | Einwohnerfragestunde | |
| 2 | Genehmigung der Niederschrift über die 2. Sitzung vom 21. August 2024 | |
| 3 | Genehmigung der Niederschrift über die 3. Sitzung vom 16. Oktober 2024 | |
| 4 | Informationen des Landrates | |
| 4.1 | Bericht des Beirates für Integrierte Sozialplanung | |
| 4.2 | Jahresbericht des Tourismusverbandes Altenburger Land | |
| 5 | Verschiedenes | |
| 5.1 | Anfragen aus dem Kreistag | |
| 5.2 | Allgemeine Aussprache gem. § 11 a Geschäftsordnung des Kreistages | |
| 6 | Haushaltssatzung des Landkreises Altenburger Land für das Haushaltsjahr 2025 | KT-DS/0061/2024 |
| 7 | Finanzplan des Landkreises Altenburger Land für die Jahre 2024 bis 2028 | KT-DS/0062/2024 |
| 8 | Veröffentlichung nach Artikel 7 Absatz 1 Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23.10.2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße für den Zeitraum vom 01.01.2023 bis 31.12.2023 | IV/0004/2024 |
| 9 | Änderung des Gesellschaftsvertrages der Theater Altenburger Gera gGmbH | KT-DS/0055/2024 |
| 10 | Feststellung des Konzernabschlusses der Klinikum Altenburger Land GmbH für das Geschäftsjahr 2023 | KT-DS/0054/2024 |

- | | | |
|----|--|-----------------|
| 11 | Grundsatzbeschluss zur Errichtung eines Linksherzkatheter-Messplatzes durch die Klinikum Altenburger Land GmbH | KT-DS/0056/2024 |
| 12 | Feststellung der Jahresrechnung 2023, Ergebnisverwendung sowie Entlastung der Werkleitung des Dienstleistungsbetriebes Abfallwirtschaft/Kreisstraßenmeisterei des Landkreises Altenburger Land | KT-DS/0063/2024 |
| 13 | Satzung des Landkreises Altenburger Land über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die öffentliche Abfallsorgung (Abfallgebührensatzung - AGS -) | KT-DS/0064/2024 |
| 14 | 6. Änderungssatzung zur Hauptsatzung des Landkreises Altenburger Land vom 20.02.2008, zuletzt geändert durch die 5. Änderungssatzung vom 26. April 2024 | KT-DS/0058/2024 |
| 15 | Mittelbereitstellung für die Nichtanerkanntenberatung durch einen freien Träger | KT-DS/0069/2024 |
| 18 | Wahl eines Mitgliedes sowie eines stellvertretenden Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss (Antrag der STARKE HEIMAT-Fraktion) | KT-DS/0068/2024 |
| 19 | Bewerbung für die Umsetzungsphase des Bundesprogramms Aller.Land mit dem kulturellen Beteiligungsformat „Stadt.Land.Kult(o)ur“ im Altenburger Land | KT-DS/0066/2024 |
| 20 | Beauftragung zur Vorbereitung der Gründung eines Zweckverbandes „Altenburger Museen“ | KT-DS/0067/2024 |

Unterbrechung zur Durchführung des nicht öffentlichen Sitzungsteils

- | | | |
|----|--|-----------------------|
| 21 | Beschluss zur Vergabe von Planungs- und Überwachungsleistungen > 100.000 Euro zum Bauvorhaben Grundhafte Erneuerung K 506 Sommeritz-Brandrübel - Objektplanung Verkehrsanlagen Leistungsphasen 1-9 sowie örtliche Bauüberwachung | KT-DS/0060/2024
nö |
|----|--|-----------------------|

TOP 1 Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende Herr Gumprecht eröffnet die Einwohnerfragestunde und fragt nach Wortmeldungen.

Herr **Olaf Fahr** aus Schmölln, OT Dobra, meldet sich. Bei seinem Anliegen gehe es um die Verbindungsstraße zwischen Wildenbörten und Dobra (K529). Diese Straße sei vor ca. 30 Jahren vom Landkreis in einwandfreiem Zustand übernommen worden. Jetzt sei diese fast nicht mehr benutzbar. Vor ca. 10 Jahren sei ein entsprechendes Hinweisschild auf Straßenschäden aufgestellt worden. Maximal werden ein paar Löcher geflickt.

Herr Fahr fragt, wann geplant ist, die Straße wenigstens oberflächlich zu sanieren. Weiterhin möchte er wissen, ob er den Straßenausbauplan bis 2030 zugesandt bekommen kann.

Herr Melzer äußert, dass der Landkreis versuche, Fördermittel für Straßenbaumaßnahmen zu bekommen. Er verweist auf die Straßenzustandsanalyse aus dem Jahr 2018, die Prioritäten und Zustandsnoten für die Straßen vergeben hatte. Diesbezüglich gebe es Nachholebedarf. Nach den Prioritäten werde festgelegt, welche Straße gemacht wird. Mit den Gemeinden werde sich aber vor allem um Gemeinschaftsmaßnahmen gekümmert, die in den Ortslagen stattfinden, was natürlich dann die Abfolge der zu bauenden Straßen ändert. Er könne eventuell sagen, an welcher Stelle diese Straße in der Prioritäten-

liste steht, ob und wann sie dann tatsächlich realisiert wird, hänge von vielen Faktoren ab.

Weiter führt Herr Melzer aus, dass es eine Verkehrssicherungspflicht für die Straßen gibt. Sollte diese so schlecht sein, müsse sicherlich etwas getan werden. Es gebe auch ein Deckenprogramm.

Herr Wenzlau wird um ergänzende Ausführungen gebeten.

Herr Wenzlau informiert, dass es im September eine Vor-Ort-Besichtigung der Straße gegeben habe, da durch den Wegfall einer Fördermaßnahme eine Ersatzmaßnahme gesucht wurde. Man habe eine Kostenermittlung erarbeitet. Der letzte Abschnitt Richtung Ort sei sehr schmal und es müsste ein größerer Eingriff vorgenommen werden. Die Kostenermittlung habe ergeben, dass die zur Verfügung stehenden Mittel in diesem Jahr nicht ausgereicht hätten. Des Weiteren liege unter der Straße eine Zementstabilisierung, die nicht so einfach überbaut werden kann. Diese müsste normalerweise aufgefräst und als Frostschutzschicht verarbeitet werden, was den Kostenfaktor relativ weit hochgetrieben habe.

Er stimme Herrn Fahr zu, dass die Oberflächenmaßnahmen, die gemacht worden sind, irgendwann einmal verschlissen sind. Deswegen werde gegenwärtig nur Straßenunterhaltung gemacht und die Löcher zugeflickt. Er sei mit den Kollegen der Kreisstraßenmeisterei im Gespräch und es werde im gemeinsamen Gespräch erläutert, wie es in Zukunft gemacht werden soll. Er wiederholt, dass unter einer großen Strecke Beton verbaut wurde. Die Kreisverwaltung habe es im Blick, aber er könne nicht sagen, dass zeitnah mit dem Bau begonnen wird.

Weitere Fragen von anwesenden Einwohnern gibt es nicht.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die 2. Sitzung vom 21. August 2024

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 43 Mitglieder anwesend.

Die Niederschrift wurde mit 42 Ja-Stimmen bei einer Stimmenthaltung genehmigt.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die 3. Sitzung vom 16. Oktober 2024

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 43 Mitglieder anwesend.

Die Niederschrift wurde mit 41 Ja-Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen genehmigt.

TOP 4 Informationen des Landrates

Herr Melzer informiert zu folgenden Themen:

- Der Beteiligungsbericht für die kreiseigenen Gesellschaften befinde sich in der Fertigstellung und wird in den nächsten Tagen auf der Homepage veröffentlicht.
- Es liege ein Schreiben der Schulleiterin der Grundschule Gößnitz vor. Diese habe mitgeteilt, dass die 3. und 4. Klasse nicht mehr in Ponitz unterrichtet werden kann, sondern in Gößnitz, da eine Lehrerin für längere Zeit ausfällt und kein Ersatz vorhanden ist. Es sei eine rein schulorganisatorische Maßnahme. Er gehe davon aus, dass dies alsbald auch in den Medien stehen wird. Es gebe bereits Unmutsbekundungen aus

Ponitz. Durch die Verwaltung müsse jetzt der Schulbusverkehr organisiert werden, sodass die Kinder nach Gößnitz kommen.

- Es habe eine Informationsveranstaltung in der Stadt Altenburg zum Thema Zweckverband Altenburger Museen stattgefunden. Der Masterplan von Herrn Dr. Krischke für die Museen am Schlossberg sei ebenfalls vorgestellt worden. Daran werde weiterhin gearbeitet. Anfang nächsten Jahres sollte der Masterplan vorliegen.
- In den Mappen der KTM liege eine Übersicht über die Beschlüsse des WUBA, die eigentlich in die Kompetenz des Kreistages gehört hätten, aber durch die Änderung der GO an den WUBA übertragen worden sind.
- Der Fördermittelbescheid für die Sanierung der Sporthalle am Gymnasium in Meuselwitz und die Errichtung des Multifunktionsgebäudes liege vor. Die Förderung betrage 60 Prozent (2,3 Millionen Euro). Die Gesamtinvestition betrage 3,8 Millionen Euro.
- Eine mündliche Zusage zur Förderung des Kronenbodens im Theater gebe es ebenfalls. Die Planer seien beauftragt. Er hoffe, dass das Ziel, mit Spielzeitbeginn 2026 wieder im Theater sein zu können, eingehalten werden kann.
- Herr Melzer verweist auf die gebildete Arbeitsgruppe zur Schulnetzplanung, in der Eltern- und Schülervetreter, Lehrer, aber auch Vertreter aus der Politik vertreten sind. Diese Schulnetzplanung sei im Rahmen der AG abgestimmt und wurde erstmals im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport vorgestellt. Ziel sei es, die Schulnetzplanung am 2. April 2024 dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen.

TOP 4.1 Bericht des Beirates für Integrierte Sozialplanung

Der Vorsitzende bittet Frau Rößler, Sozialplanerin, den Bericht zu halten.

Die **Power-Point-Präsentation**, mithilfe derer der Bericht gehalten wird, ist im Kreistagsinformationssystem eingestellt.

Frau Rößler teilt mit, dass der Beirat seit dem letzten Bericht 5 x getagt habe.

Da sich der Kreistag neu konstituiert hat und viele neue Mitglieder vertreten sind, geht Frau Rößler näher auf die Allgemeine Struktur und die Ziele des Beirates ein.

Im Verlauf ihrer Ausführungen informiert Frau Rößler über das Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen (LSZ)“, über die LSZ-Ziele, über die LSZ-Förderschwerpunkte und über die Fortschreibung der Fachplanung.

Informiert wird des Weiteren über das Projekt „AGATHE“, über die Auswertung der Sozialbefragung 2023 sowie über die AG Kinderarmut.

Im Sozialausschuss am 10. Oktober 2024 habe sie die Mitglieder dazu aufgerufen, eine Mitarbeit der jeweiligen Fraktionen in der AG Kinderarmut zu besprechen. Der nächste Termin der AG sei der 12. März 2025. Frau Rößler würde sich über positive Rückmeldungen aus den Reihen der KTM freuen.

Im Rahmen der Sozialstrategierichtlinie soll die Satzung des Beirates für Integrierte Sozialplanung überarbeitet werden. Es handele sich um ein zu erfüllendes Teilziel im Rahmen des Förderprojektes. Am 29.02.24 und am 06.11.24 sei das Thema im Beirat besprochen worden. Die Mitglieder des Beirates hätten sich mehrfach für eine Reduzierung der KTM im Beirat ausgesprochen. Man sei auf eine Rückmeldung aus den Reihen der KTM bis Anfang Januar angewiesen, damit das Teilziel für den Fördermittelgeber auch nachgewiesen werden kann.

Abschließend äußert Frau Rößler, dass sich die Beiratsmitglieder, wie in der letzten Beiratssitzung angesprochen, einen stabilen Beirat, einen vernünftigen Austausch und die Einbindung aller wichtigen fachlichen Akteure wünschen.

Nachfragen zum Bericht werden keine gestellt.

TOP 4.2 Jahresbericht des Tourismusverbandes Altenburger Land

Bevor Frau Kreyßel, Geschäftsführerin des Tourismusverbandes Altenburger Land e. V., das Wort erhält, fordert der Vorsitzende zur Abstimmung über das Rederecht auf. Dieses wird Frau Kreyßel einstimmig erteilt.

Eine **Power-Point-Präsentation** ist im Kreistagsinformationssystem unter dem Tagesordnungspunkt eingestellt.

Frau Kreyßel weist zunächst darauf hin, dass die Destination Management Organisation (DMO) Altenburger Land eine von 9 DMOs in Thüringen ist. Darauf sei man sehr stolz, d. h. man komme im Thüringen-Tourismus nicht am Altenburger Land vorbei.

Inhalte, über die Frau Kreyßel im Rahmen ihres Vortrages informiert, sind:

- Finanzierung des Tourismusverbandes Altenburger Land
- Evaluierung der Hotelbedarfsanalyse – Für die Stadt Altenburg werden noch ein bis zwei Häuser benötigt, für den Landkreis noch eines.
- Marktforschung/Gästabefragung – Das Altenburger Land habe mit der Note 1,6 abgeschlossen, was sehr gut sei.
- Binnenkommunikation
- Wegemanagement
- Digitalisierung
- Marketingkampagnen
- Beherbergungsstatistik
- Schwerpunkte im Jahr 2024
- Servicequalität/Nachhaltigkeit/Qualitätsmanagement

Abschließend berichtet Frau Kreyßel dass der Tourismusverband mit der Kampagne „Deine Familienzeit“ für den German Brand Award – ein Marketingpreis – nominiert wurde. Darauf sei man sehr stolz.

Nachfragen an Frau Kreyßel werden keine gestellt.

TOP 5 Verschiedenes

TOP 5.1 Anfragen aus dem Kreistag

Herr Melzer benennt Anfragen, die im Vorfeld der KTS an die Verwaltung gerichtet wurden bzw. die von der Verwaltung im Vorfeld der Kreistagssitzung bereits schriftlich beantwortet wurden:

- Frau Rath hatte im Rahmen der WuBa-Sitzung eine Anfrage betr. Finanzierung der ThüSac gestellt. Die Antwort liege noch nicht vor; zunächst müsse der Jahresabschluss abgewartet werden. Es müsse generell geklärt werden, wie es mit der ThüSac weitergeht. Der Bedarf an finanziellen Mitteln, den die ThüSac bräuchte, um die Projekte umzusetzen, sei größer als das, was die ThüSac sich leisten kann. Zur Aufsichtsratssitzung am 17.12.2024 wird es diesbezüglich Abstimmungen geben. Man sei bereits übereingekommen, dass im I. Quartal 2025 Strategiegespräche stattfinden, wie es weitergeht. Fakt sei, dass das Bediengebiet Thüringen nicht mit dem Bediengebiet Sachsen verglichen werden kann. Die beiden Gebiete seien unterschiedlich strukturiert, auch was Einnahmen und Ausgaben betrifft. Deshalb gebe es unterschiedliche Ergebnisse. Die Antwort an Frau Rath wird nachgereicht, sichert Herr Melzer zu.

- Herr Zippel hatte in der Kreisausschusssitzung eine Anfrage zum Linksherzkatheter-Messplatz gestellt. Diese Frage wurde bereits schriftlich beantwortet.
- Des Weiteren wurde eine Anfrage von der Fraktion DIE LINKE, Frau Sojka, betr. Rückgriffsquoten Unterhaltsvorschuss gestellt. Die Frage wurde schriftlich beantwortet und die Antwort den Mitgliedern des Kreistages zur Kenntnis gegeben.
- Fragen von Herrn Paulicks von der SPD/Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion zu den Themen Kreisstraßen und Sportstätten wurden bereits am 12. Oktober eingereicht. Die Antworten auf beide Anfragen sind erfolgt und wurden den KTM zur Kenntnis gegeben. Zu den Brückenbauwerken im Altenburger Land wurde durch Herrn Aubrecht ein Bericht im WuBa gegeben.
- Von Herrn Liefländer von der Fraktion DIE REGIONALEN liegt eine Anfrage zur Schülerunfallversicherung vor. Herr Melzer beantwortet diese wie folgt:
„Die Schülerunfallversicherung ist eine Pflichtversicherung, die wir als Schulträger für jeden Schüler zu bezahlen haben. Träger der Unfallversicherung ist die Unfallkasse Thüringen. Der Beitragssatz für das Beitragsjahr 2024 wurde mit einem Betrag von ca. 58 Euro festgesetzt. Die Darstellung der Versicherung pro Schule im Haushaltsplan ist unter der Gruppierung .6450 zu finden. Der Umlagebeitrag unterliegt dem Solidarprinzip, so dass das Beitragsaufkommen der Höhe der zu leistenden Schäden entspricht.“
- Des Weiteren habe es eine Anfrage eines Bürgers aus Altkirchen zu Missständen im Nahverkehr gegeben.
Diese Frage wurde schriftlich durch die ThüSac beantwortet. Das Thema sei sehr komplex. Die Fraktionsvorsitzenden haben die Antwort zur Kenntnis erhalten.
- Herr Senftleben von der AfD-Fraktion hatte eine Frage zum Thema Fortführung der sozialen Beratung anerkannter Flüchtlinge gestellt.
Die Antwort hat Herr Senftleben bereits erhalten. Herr Melzer erörtert die Antwort nochmals wie folgt. Herr Senftleben hatte von dem Unterschied 524 TEuro zu 362 TEuro gesprochen. Dies hänge damit zusammen, dass ursprünglich 6,5 Millionen Euro vom Freistaat vorgesehen waren. Mit Schreiben vom 18. Oktober 2024 wurde die Verwaltung informiert, dass der Landes-HH-Entwurf lediglich Fördermittel in Höhe von 4,5 Millionen Euro vorsieht. Damit betrage der Zuschuss an den Landkreis nur 290.322 TEuro. Dadurch habe sich auch der Eigenanteil auf 72 TEuro verringert.
- Zum Thema Anpassung der Gebühren/Gebührensatzungen äußert Herr Melzer, dass das Thema in Arbeit sei. Es gebe Unterschiede – Satzungen, für die der Landkreis die Gebühren selbst festlegt oder Satzungen, bei denen die Gebühren vorgegeben sind. Die Verwaltung werde das Thema aufarbeiten und dann können der Kreistag evtl. bei Satzungen, bei denen man selbst handeln kann, eine Anpassung vornehmen.
- Von Frau Eißing von der Fraktion DIE LINKE lag eine Anfrage betr. Verwendung der Bußgelder aus den Testkäufen mit Jugendlichen im Rahmen des Jugendschutzgesetzes vor. Die Frage war, ob diese Bußgelder zweckgebunden verwendet werden können.
Dies sei nicht so einfach. Insgesamt gehen derartige Mittel nach § 16 ThürGemHV in die Gesamtdeckung des Haushaltes ein. Wie letztendlich damit umgegangen wird, sei eine andere Frage. Wenn in bestimmten Bereichen etwas gemacht werden soll, müssen HH-Ansätze gebildet werden.

Frau Eißing stellt fest, dass diese Bußgelder aus den Testkäufen in den Haushalt einfließen. Natürlich würde sie diese Gelder gern dem Jugendhilfebereich z. B. für Präventionsmaßnahmen zuordnen. Was wäre ein gangbarer Weg dafür?

Herr Heiner erklärt, dass grundsätzlich unterschieden werden muss – Jugendschutz und Jugendhilfe. Jugendhilfe sei ein eigener Wirkungskreis und die Bußgelder werden im Rahmen des Jugendschutzes verwendet. Das würde bedeuten, dass für die Mittel, die im übertragenen Wirkungskreis wieder zufließen, ein HH-Vermerk angebracht wird. Das sehe er aber nicht, weil der Kreistag für den übertragenen Wirkungskreis nicht zuständig ist.

Weitere Anfragen an die Verwaltung bzw. den Landrat werden nicht gestellt.

TOP 5.2 Allgemeine Aussprache gem. § 11 a Geschäftsordnung des Kreistages

Der Vorsitzende äußert, dass im Vorfeld keine Allgemeine Aussprache gemäß § 11 a Geschäftsordnung beantragt wurde.

Der Tagesordnungspunkt entfällt somit.

KT-DS/0061/2024

TOP 6 Haushaltssatzung des Landkreises Altenburger Land für das Haushaltsjahr 2025

Herr Melzer hat das Wort und führt in den Sachverhalt ein.

Der Haushalt für das Jahr 2025 beschäftige die Verwaltung seit Mitte des Jahres. Die Bedarfe aus den Fachbereichen werden angemeldet, anschließend werden die Haushalts- und Stellenplangespräche geführt. Am Ende liege ein Entwurf des Haushaltsplanes mit der Satzung vor.

Grundlage dieses Entwurfes sei wie immer das laufende HH-Jahr. Zusätzlich wurden Projekte aufgenommen, die der Kreistag bereits beschlossen hat, z. B. das Projekt Schullassistenten bzw. wurden gesetzliche Veränderungen berücksichtigt, z. B. dass der stellvertretende Kreisbrandinspektor ein Hauptamtlicher sein muss.

Im Rahmen der HH-Aufstellung sei bereits gemerkt worden, dass es zu massiven Kostenaufwüchsen in drei Schwerpunktbereichen kam: Soziales, ÖPNV und Personal.

Im Rahmen der HH-Klausur seien die Zahlen im Sozialbereich dargelegt worden. Beispielsweise nennt Herr Melzer den Planansatz 2024 (106.136 Mill. Euro). Jetzt betrage der Planansatz 115.662 Mill. Euro. Dies sei eine Herausforderung, nicht nur für den Landkreis Altenburger Land.

Im Rahmen des neuen ÖDA sei der Zuschuss 2021 von 1,3 Mill. Euro auf 2,75 Mill. Euro erhöht worden. Ebenso wurde sich verständigt, ein Konzept zu erarbeiten, um die Attraktivität des ÖPNV vor allem im ländlichen Raum zu verbessern. Das Projekt sei mit ca. 4 Millionen Euro kalkuliert worden. Bekannt gewesen sei, dass das nicht in einem Abschnitt realisierbar ist, sondern die Umsetzung in drei Abschnitten erfolgen soll.

Die ersten beiden Abschnitte seien erarbeitet worden. In dieser HH-Planung sei der gesamte Südbereich sowie auch der Stadtverkehr Altenburg nicht mit betrachtet worden, weil die veranschlagten Kosten im Wirtschaftsplan 2025 in Höhe von 4,8 Millionen Euro auf 6,9 Millionen Euro gestiegen sind. Diese Summe könne im Finanzplan nicht abgebildet werden.

Man habe bereits besprochen, dass im Frühjahr das Konzept evaluiert werden müsse und auch weiterführende Maßnahmen getroffen werden müssen, um die Kosten des ÖPNV auf einem realistischen Niveau zu halten.

Die Personalkosten liegen nach einer Reduzierung gegenwärtig bei ca. 44,2 Millionen Euro. Ursprünglich habe der Zuwachs an Personalstellen bei 20 Stellen gelegen, jetzt betrage der Zuwachs noch 16,6 Stellen, wobei davon 11 Stellen zu 100 Prozent gefördert werden. Der größte Aufwuchs im Bereich Personal sei nicht der Stellenaufwuchs. Dieser belaufe sich auf 1,1 Millionen Euro. Durch die Förderung seien knapp 800 TEuro gegenfinanziert, d. h. 350 TEuro betrage der Aufwuchs. Der größte Aufwuchs seien die Tarifaufwüchse. Gerechnet habe man mit 2 Prozent. Es habe bereits Stimmen gegeben, die sagen, dass dies zu gering sei. Nach Rücksprachen mit anderen Landkreisen und auch anderen Trägern des öffentlichen Dienstes im kommunalen Arbeitgeberverband könne er sagen, das überall ca. 2 bis 3 Prozent Erhöhung angesetzt werden.

Am 16. Oktober habe die Verwaltung einen ersten Entwurf vorgelegt. Es habe eine HH-Klausurtagung sowie eine Beratung mit dem Vorstand des Gemeinde- und Städtebundes stattgefunden. Der erste HH-Entwurf habe so ausgesehen, dass den Gemeinden fast die komplette Umlagekrafterhöhung weggenommen wurde. Es sei klar gewesen, dass dies nicht mehrheitsfähig ist. Man habe sich verständigt, die Ansätze um ca. 1,8 Millionen Euro zu reduzieren. Dies habe die Verwaltung umgesetzt.

Wenn auch schweren Herzens habe die Verwaltung sich dazu entschlossen, dem Kreistag zu empfehlen, den Jugendförderplan auf dem Stand 2024 zu belassen.

Des Weiteren wurden drei Stellen aus dem Bereich Stellenplan herausgenommen, zwei im Bereich Organisation/IT und eine Stelle aus dem Bereich Soziales.

Bei den Betriebskosten seien ebenfalls Reduzierungen vorgenommen worden. Eingespart wurden 18,6 Prozent sowie in den weiteren Beratungen nochmals zusätzlich 22 TEuro.

Ferner wurde ein HH-Ausgaberest aus 2023 für 2024 in Höhe von 2,07 Millionen Euro zum Ansatz genommen. Dieser sei damals bei der ThüSac zum Jahresabschluss 2023 gebildet worden, weil dies das erste Jahr war, in dem man mit negativem Wirtschaftsplan im Sinne der Kreisumlage in die Planung gegangen sei.

Die Verwaltung habe sich ebenfalls Gedanken gemacht, was die Investitionen betrifft. Es habe immer im Rahmen der Rechnungsprüfung das Problem gegeben, dass es viele HH-Ausgabereste gibt und diese natürlich auch die Leistungsfähigkeit des Kreises schmälern. Die Verwaltung habe realistisch versucht, Dinge wegzunehmen, z. B. im Bereich der Schulen. Ca. 500 TEuro wurden „verschoben“.

Nicht im Haushalt verankert wurde der Innenausbau der Burg Posterstein, da über die Förderung noch keine Klarheit besteht. Herr Melzer erinnert daran, dass der ursprüngliche Fördermittelbescheid 4 Millionen Euro betragen hat. Dieser wurde dann auf 2 Millionen Euro reduziert. Damit seien Rohbau, Fenster und Putz fertiggestellt worden. Es müsse noch der Innenausbau organisiert werden. Er gehe davon aus, dass im nächsten Jahr Lösungen gefunden werden, um im Jahr 2026 weiterbauen zu können. Das heiße aber nicht, dass 2025 gar nichts gemacht wird, u. a. werde der Putz am Burgfried erneuert.

Ein weiteres Thema sei das Verwaltungsgebäude in der Lutherstraße 1a gewesen. Die Verwaltung hatte einen Umzug in ein anderes Objekt favorisiert, was aber nicht gelungen ist. Ein anderes Objekt sollte erworben werden. Auch dieses Vorhaben sei ins Jahr 2026 geschoben worden.

Schmerzhaft seien auch die Reduzierungen bei den Straßeninstandsetzungen gewesen, die Straßenbaumaßnahme K 527 wurde in den Jahr 2026 geschoben.

Trotzdem werde man im Jahr 2026 vieles umsetzen. Insgesamt belaufen sich die Investitionen im Vermögens-HH auf 52,5 Millionen Euro. Darin inbegriffen seien 16 Millionen Breitband-Ausbau. Abrechnungstechnisch laufen diese Maßnahmen noch bis 2026. Im Investitionsgesetz Kohleregion stehen 4 Millionen Euro drin. Er hofft, dass es vorwärtsgeht. Im Haushalt eingestellt seien die Eigenanteile für die Teststrecke in Nobitz über drei Jahre verteilt.

An den Kreisstraßen werde für ca. 3 Millionen gebaut, im Theater (Kronenboden) werde für 3,6 Millionen gebaut, für das Lindenau-Museum seien 15 Millionen eingeplant, für Brand- und Katastrophenschutz 700 TEuro.

Rechtzeitig werde hoffentlich die Investition in das neue Verwaltungsgebäude in der Schmöllner Schlossstraße (2 Mill. Euro) beendet werden können. Für das Seckendorff-Gymnasium (Sporthalle und Multifunktionsgebäude) seien 1,7 Millionen Euro geplant. Weitere Investitionen erfolgen an den Grundschulen Posa und Altkirchen.

Insgesamt werde dem Kreistag im Rahmen der HH-Satzung ein Verwaltungs-HH in Höhe von 190.272.791 Euro und ein Vermögens-HH in Höhe von 58.148.140 Euro vorgelegt. Die Kreditaufnahmen belaufen sich auf 4,258 Millionen Euro. Der Umlagesatz für die Kreisumlage betrage 42,231 Prozent, die Schulumlage betrage 7,47 Prozent. Insgesamt sei man demnach unter 50 Prozent geblieben.

Abschließend wirbt Herr Melzer dafür, dass sich der Kreistag heute zu einem Haushalt verständigt. Der nächste Kreistag sei am 5. Februar 2025. Bis dahin werde es auch noch keinen Landes-HH geben, auch wahrscheinlich noch nicht im April. Bei einer so späten Beschlussfassung des Kreishaushaltes würden dann auch die Themen, die sich der Landkreis neu vorgenommen hat, nicht mehr umgesetzt werden können.

Alle Präsentationen, die in den Ausschüssen gezeigt worden sind, liegen vor und seien im Kreistagsinformationssystem eingestellt.

Bevor es weitere Wortmeldungen gibt, schlägt der Vorsitzende Herr Gumprecht vor, dass die TOP HH-Satzung (neuer TOP 6) und Finanzplan (neuer TOP 7) gemeinsam beraten werden. Gegenstimmen gibt es zu diesem Vorschlag nicht.

Er weist darauf hin, dass mit heutigem Tag der aktualisierte HH-Plan über das Kreistagsinformationssystem zur Verfügung gestellt wurde – inklusive Vorbericht, Stellenplan und Wirtschaftspläne. Den Fraktionen liege ebenfalls die Auswertung der Beteiligung der Städte und Gemeinden vor. Insofern könne heute über aktuelle Unterlagen beschlossen werden.

Herr Liefländer widerspricht. Er habe am heutigen Tag in der Zeit von 13 bis 14 Uhr ins Kreistags-Informationssystem geschaut, in der Hoffnung, ein aktualisiertes Exemplar des HH-Planes zu finden. Dies sei nicht der Fall gewesen. Der Haushalt könne demnach erst kurz vor der Sitzung eingestellt worden sein.

Ebenfalls habe er erst heute in seiner KT-Mappe ein 30-seitiges Exemplar der Auswertung der Gemeindebeteiligung gefunden. Er habe einen nicht aktualisierten Haushalt, mit dem er arbeiten müsse. Dies seien Bedingungen, die äußerst unglücklich sind.

Herr Melzer bemerkt, dass er wisse, dass alles mit „heißer Nadel“ gestrickt ist. Die Verwaltung konnte die Unterlagen nicht so zeitig zur Verfügung stellen, wie das in den vergangenen Jahren der Fall war. In den Vorberatungen hätten immer die aktuellen Zahlen vorgelegen. Im Grunde seien die vorliegenden Zahlen das Ergebnis aus den Beratungen. Was die Beteiligung der Kommunen betrifft – ja, diese Unterlagen seien heute erst fertiggestellt worden. Das habe aber nicht an der Verwaltung gelegen. Es liege zwar von fast allen Kommunen eine Stellungnahme vor. Diese Unterlagen seien aber teils sehr rudimentär und nicht ganz „sauber“ gewesen.

Herr Melzer bittet Herrn Heiner um ergänzende Ausführungen zur Auswertung der Gemeindebeteiligung.

Herr Heiner entschuldigt sich, dass die ganzen Unterlagen erst heute vorgelegt worden sind. Das liege daran, dass die Gemeinden relativ spät angehört wurden. Mit Datum 22.10.2024 wurden die Unterlagen verschickt. Bis 15. November sollte die Antwort erfolgen. Teils wurde diese Frist nicht eingehalten und es bestehe auch keine Rechtspflicht zu antworten, so Herr Heiner.

Insgesamt seien 18 Stellungnahmen eingegangen, von 30 Gemeinden. 8 Stellungnahmen waren sehr in Ordnung. 10 Stellungnahmen seien eher rudimentär gewesen und es musste eine Überprüfung erfolgen. 12 Gemeinden haben gar nicht geantwortet.

Die Gemeinden wurden mit einem Umlagesatz von 44,040 Prozent angehört. Es sei bekannt gewesen, dass dies nicht konsensfähig ist. Am Ende konnte die Kreisumlage auf 42,231 Prozent gesenkt werden.

Natürlich habe die Verwaltung auch geschaut, bei welchen Kommunen es Probleme gibt. Insgesamt wurden 6 Gemeinden herausgefiltert: Fockendorf, Göhren, Kriebitzsch, Lödla, Posterstein, Thonhausen.

Die Gemeinden Kriebitzsch und Lödla haben von der Rechtsaufsicht eine Genehmigung erhalten, kein HH-Sicherungskonzept erstellen zu müssen. Die Gemeinde Fockendorf habe bereits ein HH-Sicherungskonzept und 2019 Bedarfszuweisungen erhalten, die aber nicht benötigt und demnach an den Freistaat zurückgezahlt wurden. Derzeit sei die Leistungsfähigkeit wieder im Steigen und die Kommunalaufsicht könne gegebenenfalls einen Dispens erteilen von der weiteren Fortschreibung des HH-Sicherungskonzeptes.

Die Gemeinde Posterstein sei mit der Leistungsfähigkeit im Minus. In diesem Fall sei auch ein strukturelles Defizit zu erkennen. Dies sei zum großen Teil hausgemacht. Die Kreisumlage werde gezahlt, teil aber verspätet. Das Problem der Gemeinde sei die Unterhaltung eines Cafés, welches defizitär ist und daher durch den Gemeinde-HH gestützt wird.

Die Gemeinde Thonhausen verfüge über ein HH-Sicherungskonzept. Für den aktuellen HH sei eine negative Finanzspitze ausgewiesen. Allerdings sehe es in den weiteren Finanzplanungsjahren besser aus und die Leistungsfähigkeit steige wieder, sodass die Hoffnung besteht, dass es der Gemeinde gelingt, den Haushalt zu sanieren.

Herr Heiner verweist nochmals darauf, dass die Anhörung mit dem hohen Kreisumlagesatz erfolgt ist. Er könne jetzt nicht sagen, wie es mit der niedrigeren Kreisumlage aussehen würde. Die Tabelle mit der entsprechend niedrigeren Kreisumlage wurde an die Kommunen verschickt.

Der Vorsitzende Herr Gumprecht eröffnet die Diskussion und gibt den Fraktionen die Möglichkeit, ihre Stellungnahme zum Haushalt abzugeben.

Als erstes meldet sich Herr Lahr, Vorsitzender der STARKE HEIMAT-Fraktion zu Wort. Er bittet darum, dass die CDU/FDP-Fraktion eine Stellungnahme abgibt, denn von dieser Fraktion liege ein Änderungsantrag vor. Es mache keinen Sinn, über das Vorgetragene von Herrn Melzer und Herrn Heiner zu diskutieren, wenn ein Änderungsantrag vorliegt. Ansonsten erfülle ihn das, was er wahrnehme, mit Fassungslosigkeit.

Herr Zippel, Vorsitzender der CDU/FDP-Fraktion erhält das Wort.

Wie im **Änderungsantrag** ersichtlich, soll ein neuer Punkt 2 eingefügt werden. Der Landrat soll beauftragt werden, ein Personalbedarfskonzept für die Verwaltung des Landkreises zu erstellen. Wie den Ausführungen von Herrn Melzer und Herrn Heiner entnommen werden kann, könne festgestellt werden, dass sich die Schlinge um den Hals des Landkreises immer enger zieht. Die Gestaltungsspielräume nehmen immer weiter ab und

beim Blick in den Haushalt sehe man, was die großen Posten sind und wo es Spielraum gibt und wo auch die größten Aufwüchse sind. Zwangsläufig lande man bei den Personalstellen oder bei den Kosten im Sozialbereich.

Beim Blick auf den Aufwuchs bei den Personalstellen sei man in der Fraktionssitzung schnell übereingekommen, dass man sich das nochmals anschauen sollte – aber mit ruhiger Hand, sozialverträglich und mit einer Planung, die die Funktionsfähigkeit der Kreisverwaltung nicht in Frage stellt. Es sei allen klar, welche Aufgaben die Kreisverwaltung hat und die Dienstleistungen müssen auch erbracht werden. Nichtsdestotrotz sehe man aber – um in den nächsten Jahren noch handlungsfähig zu sein – den Kreistag in der Pflicht, aktiv Ideen einzubringen. Nur zu sagen, dass es immer schwieriger wird und die Gestaltungsspielräume nachlassen, sei nicht ausreichend. Die Intension der CDU/FDP-Fraktion sei gewesen, explizit einen Vorschlag einzureichen, der die Verwaltung „atmen“ lässt und mit dem man in Zukunft auch wieder mehr Möglichkeiten hat, etwas zu gestalten.

Der Beschlusstext für den Änderungsantrag liege allen vor, so Herr Zippel. Der Kernbestand des zu erarbeitenden Konzeptes solle sein, dass die Reduzierung des Personalbestandes um mindestens 5 Prozent bis zum HH-Jahr 2027 zu erreichen ist. Auf dem Weg dorthin, soll es auch eine regelmäßige Information durch den Landrat geben. Dadurch, dass die Umsetzung bis 2027 erfolgen soll, ist auch ein klarer Zeithorizont gesetzt. Es sei daher auch nicht entscheidend, in welchem Quartal oder an welchem Tag diese Information erfolgt. Entscheidend sei das Endergebnis.

Dies sei der Vorschlag im Rahmen der HH-Debatte, um eine Perspektive zu entwickeln, die künftig dafür sorgt, dass mehr „gestaltet“ werden kann.

Das gute an dem Haushalt für 2025 sei, dass dieser eine ganze Reihe von Investitionen enthält. Er sehe aber auch, dass diese Investitionen in vielen Bereichen nicht ausreichen, Beispiel Kreisstraßen.

Dieser Änderungsantrag werde deshalb eingebracht, um in Zukunft wieder in die Infrastruktur investieren zu können.

Nur allein auf die Erhöhung der Finanzausgleichsmasse zu hoffen, sei seiner Fraktion nicht genug. Die Rahmenbedingungen werden sehr schwierig sein, man bewege sich in einer schwierigen gesamtwirtschaftlichen Gemengelage. Steuermehreinnahmen seien nicht in dem Maße zu erwarten. Der Freistaat Thüringen befinde sich gerade in der Regierungsbildung und ein Landes-HH sei nicht vor April zu erwarten.

Genau unter diesen Aspekten müsse die Frage gestellt werden, ob es ratsam wäre, diesen HH nicht zu beschließen. Diese Debatte sei aufgekommen. Es müsse sich klargemacht werden – wenn es überall unsicher ist und es überall Schwierigkeiten gibt – und dieser HH „atmet“ in großen Bereichen diese Schwierigkeiten – daraus habe weder der Kämmerer noch der Landrat einen Hehl gemacht – dann sollte das Mögliche getan und die notwendige Stabilität vor Ort garantiert werden, um ab 1.1.2025 auch handlungsfähig zu sein.

Dieser HH baue in vielen Bereichen auf verlässlichen Zahlen auf. Da wo es irgendwie möglich war, liegen die Zahlen vor und der HH sei in diesen Bereichen auch solide. Es gebe aber auch Stellen, wo auch Zahlen eingebaut werden mussten, von denen man noch nicht weiß, ob diese Gelder auch fließen und nur spekuliert werden kann, weil es noch keinen Landes-HH gibt.

Von daher sei es so, dass der Haushalt sicherlich unter schwierigen Rahmenbedingungen erarbeitet wurde, aber dennoch ein größtmögliches Maß an Verlässlichkeit bringt.

Betreffs Kreisumlage habe er die Diskussion in den Ausschüssen mitbekommen. Das „Maß halten“ sei der richtige Weg. Es müsse dafür gesorgt werden, dass der Kreis seinen Aufgaben nachkommen kann und dass die wichtigen Aufgaben umgesetzt werden können. Es müsse aber auch dafür gesorgt werden, dass die Kommunen „atmen“ können.

Er dankt der Verwaltung, dass nochmals Mittel freigelenkt worden sind und damit auch den Kommunen „Luft zum Atmen“ gegeben werden kann. Ja, die Kreis- und Schulumlage liege unter 50 Prozent – dies sei eine anerkennenswerte Leistung, aber trotzdem eine riesige „Hausnummer“. Man sei inzwischen bei einer Größenordnung angekommen, wo niemand sagen kann, weder Kreis noch Kommune, dass er damit glücklich ist, aber beide können mit diesen schwierigen Rahmenbedingungen verlässlich arbeiten und wirtschaften. Ja, es gebe Kommunen mit Schwierigkeiten, aber es gebe eine große Masse an Kommunen, die funktionieren. Dieses Funktionieren der Kommunen sei entscheidend, weil dort vor Ort die Lebensqualität der Menschen gestaltet wird. Da stehen die Kindertagesstätten und Vereine und Feuerwehren – das müsse stabilisiert werden.

Die CDU/FDP-Fraktion habe ein sehr dörfliches und kommunales Herz – dies sei auch richtig so. Er hoffe, dass der Änderungsantrag die größtmögliche Unterstützung erhält. Er hoffe weiterhin, dass der HH beschlossen wird. Seine Fraktion werde nicht geschlossen abstimmen. Er wirbt dennoch dafür, dass möglichst viele diesem HH-Beschluss und auch dem Änderungsantrag zustimmen, damit der Kreis ab 1.1.2025 handlungsfähig ist und Stabilität gewährleistet werden kann.

Als nächstes erhält Herr Tempel, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, das Wort.

Herr Tempel bedankt sich zunächst bei Herrn Zippel für den sehr sachlichen Einstieg in die Debatte, da es die schwierigste Debatte ist, die man im Kreistag jährlich miteinander führen kann.

In den Medien habe er Berichte gehört, dass Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern die einkommensschwächsten Kommunen Deutschlands haben und in Thüringen die Landkreise Artern und Landkreis Altenburger Land betroffen sind. Dies sei eine Information, die in den HH-Beratungen eine Rolle spielt. Es gehe nicht nur um Ausgaben, sondern auch um Einnahmemöglichkeiten. Es gehe darum, dass Kommunen nur dann Geld für die Bürger ausgeben können, wenn es entsprechende Einnahmen gibt.

Die Finanzierung des Kreishaushaltes basiere zu einem großen Teil auf der Kreisumlage, die die Städte und Gemeinden leisten müssen, die – wie genannt – zu den klammsten in ganz Deutschland gehören. Gleichzeitig müsse der Kreis Aufgaben leisten für die Bürger im ganzen Kreisgebiet.

Klamme HH-Lage der Städte und Gemeinden bedeutet, dass irgendwann einmal dazu übergegangen werden muss, über die Einnahmen zu reden, dass die bundesweite „rote Laterne“ auch abgegeben werden kann.

Beim Blick in den HH sehe man, dass investiert wird. Zum Teil sei das Geld, welches aus anderen Bereichen kommt, z. B. die Braunkohlemillionen. Dann finde er die Diskussion richtig, wenn Altenburg über den Industriepark diskutiert. Dann finde er es auch richtig, wenn Geld nach Nobitz gegeben wird, um dort an einem Projekt im Gewerbepark zu arbeiten, damit mehr Einnahmen kommen.

Er finde aber, dass darüber noch nicht genug geredet wird. Bei ganz vielen Themen, wo Einnahmen für Kommunen zu generieren sind, gebe es oft große Bedenken, was alles nicht machbar ist, aber wenige Diskussionen, was machbar wäre. Er denke da z. B. an erneuerbare Energien. Diesbezüglich sei schon etwas geändert worden. Trotzdem gebe es immer eine riesengroße Debatte, hier etwas in die Wege zu leiten.

Wenn man Geld ausgeben will – z. B. für Kreisstraßenmeisterei oder Jugendclub – dann werden auch Einnahmen gebraucht. Entsprechend müsse dies mehr thematisiert werden. Er schlage vor, irgendwann einmal zu dem Punkt zu kommen, dass der Landkreis unter Führung des Landrates mit den Bürgermeistern, aber auch Gemeinde- und Stadt- und Kreisräten zusammenkommt, um über Änderungen zu reden – seit Jahrzehnten sei das Altenburger Land im hinteren Feld der Bundesrepublik. Das sei nicht naturgegeben. Das Altenburger Land sei nicht nur eine der einkommensschwächsten Kommunen, sondern habe auch bundesweit die einkommensschwächsten Bürger. Das bedeute leider – wie im HH zu erkennen – automatisch hohe Sozialausgaben. Wenn über steigende So-

zialausgaben gesprochen wird – dann müsse man selbstverständlich auch – bevor über Verteilung gesprochen wird – darüber reden, wie man diese steigenden Sozialausgaben in den Griff bekommen kann. Der Kreis habe Einiges bereits beschlossen, z. B. ÖPNV-Ausbau. Die Stufe 2 sei bereits aus Haushaltsgründen einmal verschoben worden, da man die Kreisumlage im Blick haben musste. Über die Stufe 3 werde gar nicht mehr gesprochen. Es gebe keine Perspektive.

Es wurde ein Jugendförderplan beschlossen. In den damaligen Ausführungen sei sehr transparent dargelegt worden, dass es zu keinen Einsparungen führt, wenn bestimmte Gelder gekürzt bzw. Gelder für Prävention nicht ausgegeben werden. Im Bericht des Beirates für Integrierte Sozialplanung sei von Kinderarmut die Rede gewesen. Er hoffe, dass das alle gehört haben. Dies sei eine Problemlage, insbesondere in einem Landkreis mit dem geringsten Durchschnittseinkommen der Bevölkerung. Wenn in diesem Bereich keine Prävention erfolgt, z. B. mit aufsuchender Jugendsozialarbeit, werde sich das Problem verschärfen. Es gebe nur eine solche Stelle im Südraum des Landkreises, über eine zweite sei gesprochen worden.

Dies seien Aufgabenstellungen für den ganzen Landkreis, die durch den Landkreis geleistet werden müssen.

Seine Fraktion kenne die HH-Lage der Gemeinden. Es habe durchaus die eine oder andere Idee gegeben, Anträge zu stellen, gerade im Sozialbereich. Allen bekannt sei, dass die Fraktion DIE LINKE der Meinung ist, dass beim Schulessen etwas getan werden muss. Es könne aber festgestellt werden, dass kein erneuter Antrag gestellt wurde. Man wisse aber, dass irgendetwas passieren muss. Den Jugendförderplan einzufrieren – es gebe dazu keine Perspektive, was damit passiert. Es gebe keinen Beschluss, dass der Jugendförderplan für ein Jahr ausgesetzt wird. Garnichts, das Thema sei einfach aus der Debatte verschwunden. Er habe noch sehr genau in Erinnerung, warum es wichtig ist, im Bereich der Prävention mehr zu machen.

Er wisse auch nicht, ob die Bürgermeister es so gut finden, wenn in 2 - 3 Jahren die höheren Folgekosten im Bereich der Pflichtausgaben, im Bereich Soziales wieder auf die Kreisumlage umgelegt werden müssen. Zum Teil sei es refinanziert, aber das sei eine Hypothek, die man sich für die nächsten Jahre setzt. Das ist kein guter Weg. Er sei der Meinung, dass gemeinsam Lösungen gefunden werden müssen.

Herr Zippel habe davon gesprochen, dass alles im Maß bleiben muss. Dem stimme er zu. Es müsse aber eine Perspektive aufgemacht werden, dass darüber diskutiert wird, welchen Teil bzw. an welcher Stelle wir vorankommen wollen. Ist es z. B. das Projekt FACK e. V.? Durch den Verein werden viele zusätzliche Mittel generiert, Fördermittel, die zusätzlich in den Kreis kommen. Jeder Euro, der dort hineingesteckt wird, den bekomme man mehrfach wieder heraus, indem u. a. auch Jugendliche zur Selbsthilfe und Selbstorganisation angeleitet werden. Dies habe einen vielfachen Effekt.

Es gebe aber keine Perspektive – gar nichts. Darüber würde seine Fraktion gern diskutieren. Seine Fraktion wolle nicht beim Status quo bleiben. Man wolle sich „bewegen“, dann auch das sei eine Pflichtaufgabe, gerade mit der sozialen Situation im Altenburger Land.

Er bekomme durchaus mit, was im Vorfeld der Bundestagswahlen gesprochen wird. Er höre „in zwölf Monaten ist das Bürgergeld Vergangenheit“. An die Mitglieder des KT richtet er die Frage, ob alle wissen, was dann auf den Landkreis zukommen würde. Was an sozialen Schieflagen auf den Landkreis zukommt, wenn sich diese Politik auf Bundesebene durchsetzt. Dann gebe es eine „Hypothek“, die die Kommunen ausbaden müssen. Das gleiche gelte für den ÖPNV. Es gebe viele Regionen bei uns, wo nichts fußläufig erreichbar ist. Er habe das auch bereits getestet. Das sei der ländliche Raum, da gebe es keine Taktung.

Folgend spricht Herr Tempel das Projekt AGATHE an, bei dem es um die Vereinsamung im ländlichen Raum geht. Da müsse man sich Gedanken machen, wie die Vereinsamung

entsteht, nämlich indem man auf dem Dorf sitzen bleibt und nirgends mehr hinkommt. Auch das Auto werde für viele bald Vergangenheit sein, weil sich viele kein Auto mehr leisten können. Diese Menschen sitzen dann auf den Dörfern und kommen nicht weiter. Jetzt sage der Kreistag, dass beim ÖPNV gekürzt werden muss, anstatt das gemacht wird, was als Beschlusslage vorliegt, den ÖPNV auszubauen. Seiner Fraktion sei klar, dass nicht alles mit einmal umsetzbar ist, man sei kompromissbereit und man wolle auch nicht alles durchsetzen, was man auf „dem Zettel“ habe.

Deswegen werde er am Ende der Debatte den **Geschäftsordnungsantrag** stellen, diesen Haushalt in die Ausschüsse zurückzugeben, um darüber zu diskutieren, wo noch Kompromisse möglich sind und wo noch „Weichen gestellt“ werden können, um nicht die „Hypothesen“ in die Zukunft zu schieben.

Der Vorsitzende erteilt Herrn Paulicks, Vorsitzender der SPD/Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion, das Wort.

Herr Paulicks bedankt sich zunächst bei Herrn Heiner und seinem Team für die Erstellung des HH-Planes. Das erfordere viel Zeit, Expertise und Engagement. Allerdings müsse mit Bedauern festgestellt werden, dass der HH-Plan in diesem Jahr erneut verspätet bzw. sehr spät vorgelegt wurde. Das sei nicht nur eine Herausforderung für die ehrenamtlich tätigen KTM, sondern erschwere auch eine fundierte Auseinandersetzung mit Inhalten und Prioritäten des Haushaltes. Viele in der Fraktion teilen den Einwand, dass man vor Ergebnisse gestellt wird und nur noch etwas „abgenickt“ werden soll, was bereits entschieden wurde ohne die Möglichkeit, selbst Prioritäten zu setzen oder Alternativen zu diskutieren. Wenn Maßnahmen hinterfragt werden, erfahre man oft erst nach dieser Nachfrage, wofür diese Mittel vorgesehen sind und dann sei es oft zu spät für eine grundlegende Abwägung. Eine Richtungsentscheidung bleibe dem Kreistag mittlerweile verwehrt. Kritisch werde dies für die ehrenamtlichen Kreistagsmitglieder. Es bleibe kaum Zeit, komplexe Themen zu durchdringen, Einsparungen und Priorisierungen vorzunehmen. Transparenz fehle. Bei pauschalen Kürzungen in den HH-Stellen laufe man Gefahr, im Mai festzustellen, dass kein Geld mehr vorhanden ist, weil der Landkreis unabdingbare Kosten tragen muss oder geplante Zuschüsse doch nicht geflossen sind.

Ein besonderes Anliegen seiner Fraktion sei die Belastung der Städte und Gemeinden durch die Höhe der Kreis- und Schulumlage. Für viele Kommunen sei die Umlage kaum noch tragbar, ohne massive Einschnitte in freiwillige Leistungen vornehmen zu müssen - wichtige Angebote vor Ort, die das Leben in der Gemeinde lebenswert machen (Kultur, Sportförderung, Unterstützung ehrenamtlicher Initiativen). Alternativ bleibe den Kommunen nur, Gebühren und Beiträge zu erhöhen, was wiederum Bürgerinnen und Bürger direkt betrifft. Dieser Teufelskreis gefährde die kommunale Selbstverwaltung und den sozialen Frieden in unserer Region. Den Kommunen und VG's stehe das Wasser bis zum Hals. „Die Zitrone ist ausgepresst.“, so Herr Paulicks.

Das vorliegende Schreiben des Gemeinde- und Städtebundes habe das übrige getan und durch den Druck der Kommunen und VG's konnten im HH-Entwurf vom Oktober noch Änderungen erreicht werden.

Den Stellenplanaufwuchs habe er bereits in der ersten HH-Klausur kritisiert. Das Altenburger Land werde in den nächsten Jahren leider noch viele Einwohner verlieren, der Stellenplan könne demzufolge nicht größer werden.

Die Initiative der CDU/FDP-Fraktion (Änderungsantrag) sei ein gangbarer Weg, um zu sagen, dass man so nicht weitermachen könne. Es seien bereits Stellen eingespart worden, aber er sehe weitere Möglichkeiten, Stellen zu reduzieren. Er hoffe, dass der Antrag – wenn er denn durchgeht – dazu führt, dass im Landratsamt Möglichkeiten der Reduzierung gefunden werden.

Jugendförderplan – dies sei ein schmerzhafter Kompromiss. Es dürfe aber nicht vergessen werden, dass es trotzdem eine gute Jugendförderung im Altenburger Land gibt. Es werde bereits viel im Bereich der Jugendhilfe und der Jugendförderung getan. Man neh-

me diese Verzögerung zähneknirschend hin, da es unter den gegebenen Umständen wahrscheinlich keinen anderen Weg gibt.

ThüSac – in dieser Frage müsse er Herrn Tempel widersprechen. Die dritte Stufe sei ab 2026 in der Planung enthalten. Seine Fraktion habe sich mit Frau Bonert, Geschäftsführerin der ThüSac, zu einem Gespräch getroffen. Der Plan sei nicht vom Tisch, er werde weitergeführt und präzisiert. Natürlich sei die Lage im ländlichen Raum oft sehr kompliziert, weil man schlecht von A nach B kommt, ohne ein Auto zu benutzen. Das Thema betreffe aber 2026 - das würde er für diesen HH-Plan nicht als Problem sehen.

Trotz aller Kritik könnte seine Fraktion mehrheitlich zustimmen, wenn der Änderungsantrag angenommen wird, aber nur deshalb, weil die Handlungsfähigkeit des Landkreises gewährleistet werden soll und eine Ablehnung keine praktikable Alternative darstellt. Dennoch möchte er klarstellen: Sollte sich der Umgang mit dem Kreistag nicht ändern oder wenigstens auf das Niveau der letzten Jahre zurückgehen, werde man unter den Voraussetzungen im nächsten Jahr nicht mehr zustimmen können. Damals habe es zwei HH-Klausuren gegeben und der HH-Entwurf habe einen Monat vorher vorgelegen. Die Kreistagsmitglieder sollen frühzeitig eingebunden werden, um mögliche Alternativen zu suchen und diese auch vorzuschlagen.

Herr Liefländer, Vorsitzender der Fraktion DIE REGIONALEN, ergreift das Wort.

Er glaube, dass es kein Einnahmeproblem gibt, sondern ein Ausgabenproblem. Das werde teilweise von außen verursacht, teilweise sei dies aber auch der Verwaltungsstruktur geschuldet, die im Laufe der Jahre entstanden ist.

Betreffs Stellenaufwuchs – Im Jahr 2020 habe es 559,39 Stellen gegeben. Im Jahr 2025 seien es 663 Stellen = ein Plus von 104 Stellen gegenüber 2020. Wissen Sie, wie viel das in Euro ist, fragt Herr Liefländer. Dies seien ohne Berücksichtigung der Erhöhung, die z. B. durch Tarifaufwüchse entstehen, ca. 6,25 Millionen Euro mehr, die im Kreishaushalt aufgebracht werden müssen. Allein in den letzten drei Jahren habe es einen Stellenaufwuchs von 89 Stellen gegeben. Während die Einwohnerzahl in den letzten 5 Jahren um 702 Einwohner zurückgegangen ist.

Jetzt komme das Argument, dass auch geförderte Stellen dabei sind, aber auch diese Stellen werden vom Steuerzahler bezahlt. Hinzu komme, dass die Förderung über Lindenau²¹ Plus ca. eine Million Euro ausmacht. Dann bleiben immer noch 5,2 Millionen Euro übrig. Die Schulassistenten seien zwar ebenfalls gefördert, demnach könne trotzdem noch von 5 Millionen Euro ausgegangen werden, die der Landkreis mehr aufbringen muss allein durch Personalaufwuchs.

Thema Kreisumlage – Herr Heiner habe in seinem Bericht die Leistungsfähigkeit der Kommunen beurteilt. Wird dabei wirklich der richtige Maßstab angesetzt? Ursprünglich sei die Kreisumlage als subsidiäres Deckungsmittel gedacht gewesen. Das sei sie schon lange nicht mehr. Das OVG Sachsen-Anhalt habe in seinem Urteil vom 17.03.2020 folgendes gesagt: „Das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden gemäß Artikel 28 Abs. 2 GG wird nicht nur verletzt, wenn die Erhebung der Kreisumlage dazu führt, dass ihre finanzielle Mindestausstattung unterschritten wird, sondern auch, wenn der Grundsatz des Gleichranges des Finanzierungsbedarfes der kommunalen Gebietskörperschaften verletzt wird.“

Er wiederholt: Stellenaufwuchs 2020 – 2025: 104 Stellen mehr (20 % mehr), Personalkosten: plus 6,25 Millionen, Steigerung der Kreis- und Schulumlage von 2021 bis 2025 von 31,37 auf 47,42 Millionen Euro. Dies seien 16 Millionen mehr oder das 1,5fache. In der Vergangenheit habe der Landkreis immer sehr großzügig geplant. Im Jahr 2022 war eine Zuführung vom VvHH in den VmHH in Höhe von 2,38 Millionen Euro vorgesehen. Tatsächlich seien es am Ende 7,22 Millionen Euro. Geld, was den Kommunen gefehlt hat. Er hoffe, dass der neue HH angemessen knapper geplant ist.

Am Beispiel der Stadt Meuselwitz bringt Herr Liefländer nachfolgenden Vergleich. Die Einnahmen im VwHH 2021 haben 14,2 Millionen Euro betragen, 2025 = 16,7 Millionen

Euro, d. h. es habe eine Steigerung in Höhe von 2,5 Millionen Euro bzw. 18 Prozent gegeben. Im selben Zeitraum sei die Kreisumlage um 50 Prozent gestiegen.

2022 habe die Stadt Meuselwitz 118 Stellen gehabt, 2025 = 122,5 Stellen, d. h. der Aufwuchs habe 2,5 Stellen betragen bzw. 2 Prozent. Der Landkreis habe in der selben Zeit 20 Prozent Stellenaufwuchs gehabt.

Entspricht dies noch dem vom Grundgesetz und der Rechtsprechung geforderten Gleichranges des Finanzierungsbedarfes der Gebietskörperschaften?

Darüber sollte nachgedacht werden, so Herr Liefländer. An Herrn Melzer gerichtet, äußert Herr Liefländer, dass dies keine Schuldzuweisung sein soll, aber es sollte alle zum Nachdenken anregen, denn diesbezüglich sei ein Umsteuern dringend erforderlich. Insofern begrüße er den Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion, der in die genau richtige Richtung geht. Die Fraktion DIE REGIONALEN werde auf jeden Fall dem Änderungsantrag zustimmen.

Im letzten vorgelegten HH-Entwurf sei eine deutliche Senkung der HH-Ansätze für die Ausgaben des Verwaltungs-HH im Kreis festzustellen. Damit sei zumindest eine Stabilisierung des Kreis- und Schulumlagesatzes mit einer moderaten Erhöhung von insgesamt 0,265 Prozent festzustellen. Deshalb werde die Fraktion DIE REGIONALEN – wenn auch mit erheblichen Bauchschmerzen – zustimmen, denn auch seine Fraktion sehe die Notwendigkeit, dass der Kreis handlungsfähig bleibt.

Trotz der Einnahmesteigerung bleiben einige wichtige Themen auf der Strecke – Der Jugendförderplan 2025 bis 2028 sei nicht ausfinanziert, obwohl er die Leitlinie für die gesetzlich geforderte Finanzierung der Pflichtaufgaben des Landkreises gemäß § 11 bis 14 SGB VIII darstellt. Die Verbesserung des ÖPNV liege seiner Fraktion ebenfalls am Herzen. Die Umsetzung der letzten Stufe des Pilot- und Planungsprojektes „Regionalverkehr verbindet“ – 2026 soll diese umgesetzt werden – sei nicht gesichert. So, wie die Tendenz jetzt ist, glaube er, dass man angesichts der Mehrausgaben, die der ThüSac entstehen, weit davon entfernt ist, diese Planungsstufe umzusetzen. Das wäre nicht nur bedauerlich, sondern es wäre langfristig auch mit Mehrkosten verbunden. Man müsse dazu kommen, dass der ÖPNV attraktiver und mehr in Anspruch genommen wird. Das entlaste andere Bereiche des Kreises. Es sei umso bedauerlicher, dass die Finanzierungslücken in der ThüSac auch durch die nicht ausreichende Finanzausstattung durch Bund und Land hinsichtlich des 49-Euro-Tickets entstanden sind. Hier müsste vom Bund und Land nachgesteuert werden.

Thema Grundschule Wintersdorf – Er hatte das Thema besprochen, aus den Ausschüssen wurde es herausgehalten. Es gebe ein erhebliches Problem mit dem Dachbereich des Anbaus der GS Wintersdorf. Ja, dieser Bereich werde z. Zt. nicht mehr von der Schule genutzt, ist aber fest mit dem noch genutzten Schulgebäude verbunden. Es wurden keine zusätzlichen Mittel eingeplant, um das marode Dach und die Schimmelbildung zu beseitigen. Er vertraue diesbezüglich auf das Wort des Landrates, dass das Problem aus den vorhandenen Mitteln – 220 TEuro seien für die brandschutztechnische Ertüchtigung eingestellt – bewerkstelligt wird.

Herr Senftleben, AfD-Fraktion, bedankt sich zunächst ebenfalls bei der Verwaltung für die Arbeit am HH-Plan.

Es gebe eigentlich nichts, was noch nicht gesagt wurde, so Herr Senftleben, daher möchte er das zu Sagende etwas anders verpacken als seine Vorredner.

Jeder solle sich vorstellen, es wäre der 24. Dezember und man würde unter dem Christbaum sitzen und unter dem Baum liege ein großer Sack. Jetzt müsse festgestellt werden, dass dieser Sack ein größeres Volumen erreicht hat. Beim Anheben werde aber festgestellt, dass dieser Sack nicht schwerer geworden ist.

Dieser Sack sollte aufgeschnürt werden und dann sollte jeder nachschauen, was darin enthalten ist.

Zunächst gebe es ein Päckchen mit der Aufschrift Jugendhilfeplan. Das Päckchen sei genauso groß und schwer wie letztes Jahr. Es werde aber davon ausgegangen, dass die Qualität und Quantität auch gleichbleibt. Es gebe auch das Päckchen ÖPNV – das sei für ihn eine ziemliche „Blackbox“, denn wie alle wissen, soll die Finanzierung des 49-Euro-Tickets katastrophal sein, wie Frau Bonert jüngst bestätigt habe. Den 3. Abschnitt des Projektes vermisste er noch ganz und er schlägt vor, dass die Zeit genutzt wird, um das Feintuning bei den vorherigen bereits realisierten Abschnitten vorzunehmen. Dies sei dringend geboten, wie einer Anfrage eines Bürgers aus Altkirchen zu entnehmen ist.

Das Paket Stellenplan sei riesengroß und werde auch jedes Jahr größer und schwerer. Es riecht eventuell etwas nach Bürokratie an der einen oder anderen Stelle. Er gehe davon aus, dass der Landrat seine „Baustellen“ kennt und sich bemühen wird, um die Verwaltung schlanker und effizienter zu machen.

Das Paket Kreisumlage sei ebenfalls sehr groß und sehr schwer. Es gebe verschiedene Interessen – einige wollen es groß und schwer haben, andere natürlich nicht. Er gehe davon aus, dass die jüngste Zahl der tragbare Kompromiss ist, über den heute abzustimmen ist.

Das kleine Päckchen Schulumlage sei etwas leichter geworden. Dies könne natürlich auch kontraproduktiv sein, wenn Wartung, Pflege und Instandhaltung gemacht werden müssten und diese aber vernachlässigt werden.

Als Fazit könne gesagt werden, dass das Ergebnis nicht allen Erwartungen entspricht, aber man werde den Sack so nehmen, wie er jetzt ist, d. h. er würde gern für die Zustimmung zum HH-Entwurf werben.

Die Realität sei, dass Bruttosozialprodukt und Arbeitsproduktivität stagnieren. Es gebe einen Abbau der Beschäftigung in allen Sektionen, die die Wertschöpfung bringen. Stattdessen gebe es einen Aufbau von Beschäftigung, z. B. auch in den Verwaltungen. Das finde alles ziemlich schleichend statt, sei aber statistisch nachweisbar.

Abschließend äußert Herr Senftleben, dass das Personalentwicklungskonzept von der CDU/FDP-Fraktion von der AfD-Fraktion unterstützt wird. Für den laufenden Haushalt sei es aber irrelevant.

Herr Lahr, Vorsitzender der STARKE HEIMAT-Fraktion meldet sich zu Wort. Er hatte bereits seine Fassungslosigkeit zum Ausdruck gebracht, weil er zu Beginn der Sitzung damit beschäftigt war, die Aktualität der heute zu beschließenden HH-Satzung zunächst einmal herzuleiten und die entsprechenden Änderungsanträge zu sichten und Schlussfolgerungen zu ziehen. Dies sei – wenn es mit dem Wort „Zumutung“ beschrieben wird – reichlich freundlich, denn heute soll über den Kreis-HH mit einem Umfang von über 190 Millionen Euro beschlossen werden. Es sei sehr erstaunlich, dass letztendlich über 2 bis 3 Zahlen gesprochen wird – die Kreisumlage wird reduziert, diese darf max. auf 40 Millionen festgesetzt werden. Ohne dem gehe nichts. Dann müsse er zunächst schauen, ob das ein Antrag oder eine Stellungnahme ist. Dann werden von Herrn Melzer und von Herrn Heiner die zusammengefindenen Kürzungsanträge vorgetragen, so dass man letzten Endes auf unter 50 v. H. mit der Schulumlage kommt. Die aufgemachten Forderungen seien weitaus niedriger gewesen. Lt. Aussage des Gemeinde- und Städtebundes müsse um 1,8 bis 2 Millionen Euro auf jeden Fall gekürzt werden. Herr Heiner bringe dann Vorschläge, die aber nicht verschriftlicht sind. Die Vorschläge kommen dann innerhalb von wenigen Stunden auf den Tisch und sollen dann als Empfehlung in den Ausschüssen durchgehen. Dies sei erfolgt, wobei es nicht möglich gewesen sei, diese Summen zu verifizieren und einzuordnen.

Dann erhalte er den Änderungsantrag und dieser Antrag sei für den Haushalt von extrem wichtiger Bedeutung. Die CDU sage ja nicht, dass sie dem Haushalt nicht zustimmen wird, wenn der Änderungsantrag nicht durchgeht. Deswegen habe er von Fassungslosigkeit gesprochen. Wenn er hier als Bürger sitzen würde, dann würde er sich fragen, was hier eigentlich gemacht wird. Er habe ernsthaft versucht, eine Stellungnahme zum

vorliegenden HH zu geben, der von elementarer Bedeutung ist – nicht bloß für die Verwaltung und für die Kommunen im Landkreis. Deshalb das intensive Arbeiten der Bürgermeister – er habe sich im Vorwahlkampf eindeutig geäußert und sehe sich mehr als bestätigt, wenn er jetzt im Kreistag sitzt und das beschließen muss. Es sei erstaunlich, mit welcher Art und Weise des Herangehens hier gearbeitet wird, bei fundamentalen Sachverhalten.

Er habe sich den Änderungsantrag der CDU durchgelesen. Es sei Wahnsinn, wenn man alles, was darinsteht, einordnen will. Dies werde er nicht in den nächsten Tagen können, sondern erst in den nächsten Wochen werde er entnehmen können, worüber abgestimmt wird. Es soll über Sachen abgestimmt werden, die erst im Nachhinein überhaupt realisiert werden können. Man könne bestimmte Sachen überhaupt nicht begrifflich fassen und einordnen. Dies grenze schon an Wahnsinn, so Herr Lahr.

Herausstellen möchte er die Unternehmerinnen und Unternehmer im Landkreis und im Land – dies seien unsere Bürger und unsere Leistungsträger und ohne die gehe überhaupt nichts und diese seien längst „am Ende der Fahnenstange“ angekommen. Sämtliche Zahlen über die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Monate und Jahre und die Zukunftsperspektiven für 2025 sagen überhaupt nichts Gutes. Er sehe keinerlei Ansatz für einen Hoffnungsschimmer, denn alle finanziellen Mittel, die zur Verfügung stehen, werden von den Bürgerinnen und Bürgern, von den Unternehmerinnen und Unternehmern in diesem Lande aufgebracht. Von daher habe er allergrößte Befürchtungen. So sehe er auch diesen Haushalt. Es sei ein Haushalt der Verwaltung für die Verwaltung und die Verwaltungen in den Städten und Gemeinden hätten natürlich extrem großes Interesse daran. Deshalb gebe es diesen Aufschrei. Aber wer vertritt die Bürgerinnen und Bürger an dieser Stelle? Er habe sich natürlich auch die Zahlen angeschaut. Das, was Herr Liefländer geäußert hat, habe er sehr beeindruckend gefunden, dass es rechtlich festgemacht wird und dass man exakt weiß, von was geredet wird und dass auch die Zahlen eingeordnet werden. Dies gehe schnell verloren.

Der Landkreis hatte im Bereich Kinder und Jugendhilfe/Thüringer Eingliederungshilfe im Jahr 2011 im Haushalt 1,3 Millionen Euro, 2025 seien es 24,3 Millionen Euro. Dies seien die reinen Zahlen, die er weder werten noch wichten wolle.

Es wurde ebenfalls über die Schulsozialarbeiter und über die Schulassistenten gesprochen. Wer fragt denn einmal zu den Relationen, Kosten, Nutzen und Notwendigkeiten? Welche Erwartungen hat der Kreistag/die Verwaltung an die Schulen nach Fertigstellung und nach Abschluss der Projekte – beispielsweise Digitalisierung? Er habe einen Schulleiter gefragt, der digitale Schulbücher komplett eingeführt und umgesetzt hat, ob es irgendeinen Effekt auf die Ergebnisse der Schüler in der Abschlussprüfung gegeben hat. Nein. Für die Digitalisierung der Schulen werden Millionen Gelder der Steuerzahler ausgegeben. Was erwarten wir davon? Was erwarten wir von den vielen 10 TEuro, die der Steuerzahler einsetzt für die Arbeit von Schulsozialarbeiter? Was sollen Schulverwaltungsassistenten in der Schule bringen? Sehr grotesk habe er gefunden, dass es erst eine ganze Weile gedauert hat, bis die Stellenbeschreibung der Schulsachbearbeiter benannt war, weil niemand sagen konnte, was die Schulassistenten eigentlich machen sollen. Er wisse als 32 Jahre im Schulleitungsdienst befindlicher Lehrer auch nicht, was diese der Schulleitung bringen sollen, vor allen Dingen, was das den Kindern und Jugendlichen bringen soll. Dies sei die Kernfrage, die immer und überall gestellt wird. Er habe den Eindruck, dass sich vieles verselbständigt hat. Projekte, wofür es Fördermittel gibt (Eigenanteil 0 Prozent) – irgendwann werden dann die Stellen auf starken Druck vom Landkreis übernommen. Aber niemand frage, was das alles bringt.

Es gäbe eine ganze Menge von extrem wichtigen Sachen, die der STARKE HEIMAT-Fraktion im Haushalt überhaupt nicht passen - die ganze Frage der energetischen Bereitstellung. Die absolute Grundlage einer jeden Volkswirtschaft sei die Bereitstellung preisgünstiger Energie. Wie viele Projekte habe der Landkreis in seinem Haushalt, die mit erneuerbarer Energie, mit Klimawandel, mit CO₂-Reduktion zu tun haben? Wie viele

dieser Wahnsinns-/Schwachsinnprojekte gebe es? Wer hat jemals eine Grundlage, eine Berechtigung, eine wissenschaftliche Ausarbeitung dazu vorgelegt? Nichts dergleichen. Hauptsache sei, dass die Unternehmen nicht abwandern und noch in der Lage sind, Steuern zu bezahlen. Aber er habe schon zu Beginn gesagt, „der Zug ist abgefahren“. Er habe schon seit Jahren versucht, ernsthaft zu überlegen, wo ein positiver Ansatz gesehen werden kann. Wo ist Licht am Horizont? Welche Entscheidung gibt Hoffnung und Zuversicht? Außer dem täglichen Lesen seines Kalenderblattes habe er nichts gefunden und er sei ein sehr optimistischer, lebensfreundlicher Mensch, der immer auf eine Zusammenarbeit der im Kreistag versammelten Kompetenzen setze. Deshalb habe er auch versucht, keine Vorwürfe in den Raum zu stellen, weil er wisse, wie engagiert sich alle bemühen, die Probleme ansatzweise zu lösen. Aber jeder merke, dass die Probleme immer größer werden.

Beim Blick auf die Entwicklung in den letzten Jahren und Monaten habe er große Sorge. Dasselbe treffe auch auf diesen Haushalt zu, die Sorge, dass die Belange der Bürger ausreichend berücksichtigt werden.

Die STARKE HEIMAT-Fraktion habe sich daher schweren Herzens für Ablehnung entschieden.

Der Vorsitzende Herr Gumprecht fragt nach weiteren Wortmeldungen zu o. g. KT-Drucksache. Es werden keine angezeigt.

Herr Tempel kommt auf den bereits angekündigten **Geschäftsordnungsantrag** zurück. Es wird der Antrag (gem. § 16 Abs. 1 Buchstabe f) gestellt, die o. g. KT-Drucksache in den Jugendhilfeausschuss und in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit zurückzuverweisen.

Der Vorsitzende ruft zur Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf.

Der Antrag erhält mit 7 Ja-Stimmen und 36 Nein-Stimmen **keine Mehrheit** und ist damit abgelehnt.

Der Vorsitzende verweist auf den vorliegenden **Änderungsantrag** der CDU/FDP-Fraktion und fragt, ob dahingehend Einverständnis besteht, dass über diesen Antrag zuerst abgestimmt wird.

Herr Melzer stimmt zu, dass über diesen Antrag zuerst abgestimmt werden sollte, da es als eine Art Begleitbeschluss zum Haushalt zu sehen ist. Über den Haushalt an sich sollte dann in einer zweiten Abstimmung befunden werden. Damit bestehe zunächst Klarheit, dass ein Personalkonzept gemacht werden soll. Der Beschluss selbst habe mit dem Haushalt für das Jahr 2025 nichts zu tun.

Es werden keine gegenteiligen Meinungen zur vorgeschlagenen Vorgehensweise vorgebracht.

Der Vorsitzende ruft zur Abstimmung über den nachfolgenden **Änderungsantrag** der CDU/FDP-Fraktion auf.

Änderungsantrag der CDU/FDP Kreistags-Fraktion:

Der Landrat wird beauftragt, ein Personalbedarfskonzept für die Verwaltung des Landkreises Altenburger Land zu erstellen.

Ziel des Konzeptes soll sein, die Effizienz der Verwaltung zu erhöhen und durch organisatorische sowie strukturelle Optimierungen eine schrittweise Reduzierung des Personalbestands um mindestens 5 Prozent bis zum Haushaltsjahr 2027 zu erreichen.

Das Konzept soll insbesondere folgende Punkte enthalten:

1. **Analyse des aktuellen Personalbestands:** Aufschlüsselung nach Organisationseinheiten, Altersstruktur, Aufgabenbereichen und Stellenbewertungen.
2. **Überprüfung der Aufgabenbereiche:** Identifikation von Optimierungs- und Digitalisierungspotenzialen zur Arbeitsentlastung und –effizienzsteigerung.
3. **Konkreter Zeit- und Maßnahmenplan:** Festlegung der Etappen zur Umsetzung der Personalreduzierung unter Berücksichtigung sozialverträglicher Maßnahmen und gesetzlicher Vorgaben.
4. **Finanzielle Auswirkungen:** Darstellung der Einsparpotenziale im Haushalt des Landkreises.

Das Personalbedarfskonzept ist dem Kreistag rechtzeitig zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 43 Mitglieder anwesend.

Der Änderungsantrag erhält mit 31 Ja-Stimmen bei 5 Nein-Stimmen und 7 Stimmenthaltungen eine Mehrheit.

Vor der Abstimmung über die Haushaltsatzung des Landkreises für das HH-Jahr 2025 bittet der Vorsitzende um Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse der Beschlussempfehlung der Ausschüsse:

Herr Tanzmann, Vorsitzender des JHA, teilt mit, dass die von der Verwaltung vorgelegten Zahlen mit den Einsparungen in Höhe von 1,8 Millionen Euro zur Kenntnis genommen wurden. Eine Abstimmung über die Beschlussempfehlung sei aber nicht erfolgt, da die Zahlen gerade neu vorlagen.

Herr Zippel, Vorsitzender des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport, informiert, dass die KT-Drucksache mit 3 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und 4 Stimmenthaltungen zur Beschlussfassung durch den Kreistag empfohlen wurde.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Bau habe mit 4 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen die Annahme empfohlen, teilt Frau Rath mit.

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit empfiehlt mit 2 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 6 Stimmenthaltungen nicht die Annahme der KT-Drucksache, teilt der Ausschussvorsitzende, Herr Plötner mit.

Herr Nündel, Vorsitzender des Finanzausschusses, verweist darauf, dass am 13. November 2024 eine 3-stündige HH-Klausur stattgefunden habe. An Herrn Lahr gewandt bemerkt er, dass es mitnichten so sei, dass nicht über die Zahlen gesprochen wurde. Diese Aussage könne er nicht so stehen lassen. Es gebe ferner eine gewisse Hol-Schuld der Fraktionen. Die STARKE HEIMAT-Fraktion hatte keinen Vertreter in den Finanzausschuss entsendet.

Im Finanzausschuss am 20. November 2024 habe es mit 3 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und 5 Stimmenthaltungen ein mehrheitliches Votum für die Annahme gegeben.

Der Kreisausschuss hat mit 3 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und 3 Stimmenthaltungen der Annahme zugestimmt, teilt Herr Melzer mit.

Der Vorsitzende ruft zur Abstimmung über die KT-DS/0061/2024 auf.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 51:

Der Kreistag des Landkreises Altenburger Land beschließt die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 43 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde mit 27 Ja-Stimmen bei 13 Nein-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen gefasst.

KT-DS/0062/2024

TOP 7 Finanzplan des Landkreises Altenburger Land für die Jahre 2024 bis 2028

Wortmeldungen und Diskussion – siehe TOP 6.

Der Vorsitzende bittet um Bekanntgabe der Beschlussempfehlungen der Ausschüsse:

Die jeweiligen Ausschussvorsitzenden teilen folgende Abstimmungsergebnisse mit:

JHA – kein Votum abgegeben

SKSpA – 3 x Ja, 5 x Enthaltung

WUBA – 4 x Ja, 1 x Nein, 5 x Enthaltung

SGA – 2 x Ja, 2 x Nein, 6 x Enthaltung

FA – 3 x Ja, 1 x Nein, 5 x Enthaltungen

KA – 5 x Ja, 2 x Enthaltungen

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 52:

Der Kreistag des Landkreises Altenburger Land beschließt den Finanzplan für die Haushaltsjahre 2024 bis 2028.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 43 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde mit 23 Ja-Stimmen bei 9 Nein-Stimmen und 11 Stimmenthaltungen gefasst.

IV/0004/2024

TOP 8 Veröffentlichung nach Artikel 7 Absatz 1 Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23.10.2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße für den Zeitraum vom 01.01.2023 bis 31.12.2023

Der Vorsitzende ruft die o. g. KT-Drucksache auf und weist darauf hin, dass der Sachverhalt zur Kenntnis zu nehmen ist.

Nachfragen werden keine gestellt.

TOP 9 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Theater Altenburg Gera gGmbH

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass Herr Arnold, kaufmännischer Geschäftsführer der Theater Altenburg Gera gGmbH, anwesend ist und Fragen beantworten könnte. Es gehe hauptsächlich um formelle Dinge, die im Gesellschaftervertrag geändert und angepasst werden müssen.

Eine Erörterung des Sachverhaltes wird nicht gewünscht.

Die Vorsitzenden der Ausschüsse informieren über die Abstimmungsergebnisse der Beschlussempfehlungen:

Herr Zippel (SKSpA) teilt mit, dass über die Punkte 1 und 2 des Beschlussvorschlages separat abgestimmt wurde:

Punkt 1 – einstimmig Ja

Punkt 2 – 5 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen

Herr Melzer teilt mit, dass der Kreisausschuss die Beschlussfassung einstimmig empfohlen hat.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 53:

§ 17 des Gesellschaftsvertrages der Theater Altenburg Gera gGmbH wird wie folgt neu gefasst:

„(1) Der Jahresabschluss soll nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs aufgestellt, geprüft und festgestellt werden, sofern nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen.

(2) Der Lagebericht soll nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs, aber mit Ausnahme der gesetzlichen Verpflichtung zur Erweiterung des Lageberichts um die Nachhaltigkeitsberichterstattung im Sinne der §§ 289b bis 289e des Handelsgesetzbuchs, aufgestellt und geprüft werden, sofern nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen.

(3) Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Jahresergebnisses zu prüfen und über das Ergebnis innerhalb eines Monats nach Beratung schriftlich an die Gesellschafterversammlung zu berichten.

(4) Für die Gesellschaft gelten darüber hinaus die Vorschriften des § 75 Absatz 4 Satz 1, Nr. 2 bis Nr. 4 ThürKO. Die Rechnungsprüfungsämter der Gesellschafter sind berechtigt, zur Klärung von Fragen, die bei der Prüfung auftreten, sich unmittelbar durch die Geschäftsführung unterrichten zu lassen und die Bücher und Schriften der Gesellschaft einzusehen.“

Der § 12 Absatz 3 Satz 1 des Gesellschaftsvertrages der Theater Altenburg Gera gGmbH wird um die Ziffer 8. wie folgt ergänzt:

„Die Festsetzung der Kartenpreise.“

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 41 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig mit 38 Ja-Stimmen gefasst. Drei Mitglieder haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.

KT-DS/0054/2024**TOP 10 Feststellung des Konzernabschlusses der Klinikum Altenburger Land GmbH für das Geschäftsjahr 2023**

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass über die Jahresabschlüsse der einzelnen Tochtergesellschaften bereits in der vorherigen Sitzung abgestimmt wurde. Jetzt gehe es um den Konzernabschluss, eine rein rechnerische Größe.

Eine Erörterung des Konzernabschlusses durch Frau Dr. Werner, Geschäftsführerin der Klinikum Altenburger Land GmbH, wird nicht gewünscht.

Herr Melzer teilt mit, dass die Beschlussempfehlung des Kreisausschusses über die Punkte 1 und 2 und separat über Punkt 3 (Entlastung AR) erfolgt ist. Das Votum erfolgte jeweils einstimmig.

Der Vorsitzende fordert zur Abstimmung auf – zunächst über die Punkte 1 und 2 und dann separat über Punkt 3 (Entlastung AR). Vor der Abstimmung über Punkt 3 zeigen Herr Melzer, Herr Liefländer und Herr Oehler Befangenheit hat.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 54:

Der Kreistag des Landkreises Altenburger Land stimmt dem unter Gremienvorbehalt in der Gesellschafterversammlung der Klinikum Altenburger Land GmbH am 26.09.2024 gefassten Beschluss zum Konzernjahresabschluss für das Geschäftsjahr 2023 zu und beschließt:

1. den Konzernjahresabschluss mit folgendem Ergebnis festzustellen:

Konzernjahresüberschuss 2023	2.355,68 Euro
nicht beherrschende Anteile	./. 23.857,81 Euro
Konzernverlust	./. 21.502,13 Euro
2. die Geschäftsführung der Klinikum Altenburger Land GmbH zu entlasten,
3. den Aufsichtsrat der Klinikum Altenburger Land GmbH zu entlasten.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung über die Punkte 1 und 2 des Beschlussvorschlages 41 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig mit 38 Ja-Stimmen gefasst. Drei Mitglieder haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Die Abstimmung über Punkt 3 des Beschlussvorschlages (Entlastung AR) erfolgte einstimmig mit 34 Ja-Stimmen. Sieben Mitglieder haben keine Stimme abgegeben.

KT-DS/0056/2024**TOP 11 Grundsatzbeschluss zur Errichtung eines Linksherzkatheter-Messplatzes durch die Klinikum Altenburger Land GmbH**

Herr Gumprecht äußert, dass durch Herrn Zippel im Kreisausschuss eine Anfrage zu diesem Thema gestellt wurde. Die Antwort ist an Herrn Zippel sowie an die Mitglieder des Kreisausschusses bereits erfolgt.

Herr Tempel weist darauf hin, dass es eine öffentliche Kreistagssitzung ist. Demnach sollte kurz erläutert werden, um was es bei dem Tagesordnungspunkt geht.

Die Geschäftsführerin, Frau Dr. Werner, erhält das Rederecht.

Durch Frau Dr. Werner wird ausgeführt, dass der Linksherzkatheter-Messplatz im Klinikum ersetzt werden müsse. Der jetzige sei schon viele Jahre in Betrieb und wurde inzwischen vom Hersteller abgekündigt, d. h. es gebe ab 2026 keinen Service mehr. Deswegen müsse dieser dringend erneuert werden.

Der Messplatz werde insbesondere für die Behandlung von Patienten mit Herzinfarkt benötigt. Es sei auch so, dass in Thüringen nur noch solche Krankenhäuser Patienten mit Herzinfarkt behandeln dürfen, die rund um die Uhr einen Linksherzkatheter-Messplatz zur Verfügung stellen können. Diese Richtlinie habe auch Aufnahme in den 8. Thüringer Krankenhausplan gefunden. Das Klinikum gehöre zu den Kliniken, die Patienten mit Herzinfarkt behandeln dürfen. Ab 2025 dürfen die Rettungsdienste auch nur noch solche Krankenhäuser anfahren.

Darüber hinaus werde ein solcher Messplatz benötigt, um strukturelle Herzinfarkte zu behandeln, d. h. neben den Notfalleingriffen werden auch geplante Eingriffe bei anderen Herzerkrankungen durchgeführt.

Im Klinikum Altenburg gebe es eine große kardiologische Klinik, die eine der Säulen des Krankenhauses darstellt. Demzufolge gehöre der Linksherzkatheter-Messplatz zu den Grundlagen der Krankenhausbehandlung. Es sei eine dringend notwendige Investition.

Nachfragen zu den Ausführungen werden keine gestellt.

Nach Aufforderung durch den Vorsitzenden informiert Herr Plötner, dass der Ausschuss für Soziales und Gesundheit die Beschlussfassung einstimmig empfohlen hat.

Herr Melzer informiert, dass der Kreisausschuss ebenfalls einstimmig die Beschlussfassung empfiehlt.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss.

Beschluss Nr. 55:

Der Kreistag stimmt dem unter Gremienvorbehalt in der Gesellschafterversammlung der Klinikum Altenburger Land GmbH am 26.09.2024 gefassten Beschluss über die Errichtung eines Herzkatheter-Labors und einem geschätzten Investitionsvolumen i. H. v. 3,7 Mio. € zu.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 41 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig mit 41 Ja-Stimmen gefasst.

KT-DS/0063/2024

TOP 12 Feststellung der Jahresrechnung 2023, Ergebnisverwendung sowie Entlastung der Werkleitung des Dienstleistungsbetriebes Abfallwirtschaft/Kreisstraßenmeisterei des Landkreises Altenburger Land

Der Vorsitzende ruft o. g. KT-Drucksache und fragt, ob Erläuterungen zum Sachverhalt gewünscht werden. Das ist nicht der Fall.

Herr Helbig, Vorsitzender des Werkausschusses des Dienstleistungsbetriebes Abfallwirtschaft/Kreisstraßenmeisterei, teilt mit, dass der Werkausschuss bei 6 Ja-Stimmen und einer Stimmenthaltung die Annahme des Antrages empfiehlt.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 56:

Der Kreistag beschließt:

1. der Jahresabschluss 2023 des Dienstleistungsbetriebes Abfallwirtschaft/Kreisstraßenmeisterei des Landkreises Altenburger Land wird in der vorliegenden von der Eureos GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dresden testierten Form festgestellt;
2. der in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Jahresverlust in Höhe von 370.941,41 Euro wird wie folgt verrechnet:
 - der Verlust des Bereiches Abfallwirtschaft in Höhe von 512.302,54 Euro wird auf neue Rechnung vorgetragen,
 - der Gewinn des Bereiches Kreisstraßenmeisterei in Höhe von 141.361,13 Euro wird in die Rücklagen für zukünftige Investitionen eingestellt.
3. der Werkleitung wird für das Geschäftsjahr 2023 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 41 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig mit 41 Ja-Stimmen gefasst.

KT-DS/0064/2024

TOP 13 Satzung des Landkreises Altenburger Land über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die öffentliche Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung - AGS)

Auf Nachfrage des Vorsitzenden werden keine Erläuterungswünsche angezeigt.

Herr Helbig informiert, dass der Werkausschuss einstimmig die Zustimmung empfiehlt.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 57:

Der Kreistag beschließt die als Anlage beigefügte Satzung des Landkreises Altenburger Land über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die öffentliche Abfallentsorgung (Abfallwirtschaftssatzung - AGS) ab 2025.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 41 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig mit 41 Ja-Stimmen gefasst.

KT-DS/0058/2024

TOP 15 6. Änderungssatzung zur Hauptsatzung des Landkreises Altenburger Land vom 20.02.2008, zuletzt geändert durch die 5. Änderungssatzung vom 26. April 2024

Der Vorsitzende teilt mit, dass die vorzunehmende Änderung eine Aufforderung vom Gesetzgeber ist, diese Anpassungen vorzunehmen.

Nachfragen werden keine gestellt.

Herr Melzer gibt bekannt, dass der Kreisausschuss einstimmig die Zustimmung empfiehlt. Er ergänzt, dass zum einen aus der Hauptsatzung der bisher vorgeschriebene „Handschlag“ herausgenommen wurde. Zum anderen werde der vom Gesetzgeber vorgegebene Sockelbetrag für die Mitglieder des Kreistages angepasst.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 58:

Der Kreistag beschließt die als Anlage beigefügte 6. Änderungssatzung zur Hauptsatzung des Landkreises Altenburger Land.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 41 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig mit 41 Ja-Stimmen gefasst.

KT-DS/0069/2024

TOP 17 Mittelbereitstellung für die Nichtanerkanntenberatung durch einen freien Träger

Der Vorsitzende Herr Gumprecht erklärt, dass es bei dieser Vorlage um eine Wandlung von Personalkosten in einen Zuschuss für einen freien Träger geht. Er fragt, ob dies näher erläutert werden soll. Dies wird nicht gewünscht.

Der Kreisausschuss hat die Beschlussfassung einstimmig empfohlen, informiert Herr Melzer.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 59:

1. Der KT nimmt die Beauftragung eines Freien Trägers zur Wahrnehmung eines Teils der Nichtanerkanntenberatung in einem Volumen von 94.440 Euro zur Kenntnis und bestätigt für die Zeit bis zum Inkrafttreten der Haushaltssatzung 2025 die sachliche Notwendigkeit und zeitliche Unaufschiebbarkeit.
2. Die Umsetzung der Maßnahme erfolgt durch Anlegung einer Ausgabehaushaltsstelle 42119.71800 (Zuschuss an freien Träger) zur temporären Auslagerung der Aufgabenerfüllung auf Grund personeller Minderbesetzung. Die Deckung der

Ausgabe i. H. v. 94.440,00 Euro erfolgt über die Betreuungspauschale. Der Ansatz der Personalausgaben wird entsprechend reduziert.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 41 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde mit 28 Ja-Stimmen bei 8 Nein-Stimmen und 5 Stimmenthaltungen gefasst.

KT-DS/0068/2024**TOP 18 Wahl eines Mitgliedes sowie eines stellvertretenden Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss (Antrag der STARKE HEIMAT-Fraktion)**

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass es sich um eine Wahl handelt.

Von der STARKE HEIMAT-Fraktion wird vorgeschlagen, als Mitglied Herrn Lars Quellmalz sowie als dessen Stellvertreter Herrn Thomas Lahr in den Jugendhilfeausschuss zu wählen.

Die Wahlhelfer aus jeder Fraktion werden gebeten, die vom Büro des Kreistages vorbereiteten Stimmzettel in Empfang zu nehmen und an die Fraktionsmitglieder auszuteilen. Diese Aufgabe übernehmen: Herr Zetsche, Herr Beer, Rau Rath, Frau Seiferth, Herr Quellmalz, Herr Gerth.

Nach der Wahlhandlung und der Ergebnisermittlung gibt der Vorsitzende folgendes Ergebnis bekannt:

Herr Lars Quellmalz erhielt 38 Ja-Stimmen, Herr Thomas Lahr erhielt 34 Ja-Stimmen. Damit sind beide in den Jugendhilfeausschuss gewählt, Herr Quellmalz als Mitglied und Herr Lahr als dessen Stellvertreter.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 60:

Der Kreistag wählt folgende Personen in den Jugendhilfeausschuss:

Mitglied	1. Stellvertreter
Lars Quellmalz	Thomas Lahr

Wahlergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Wahl 41 Mitglieder anwesend.

Herr Lars Quellmalz wurde mit 38 Stimmen gewählt, Herr Thomas Lahr erhielt 34 Stimmen.

KT-DS/0066/2024**TOP 19 Bewerbung für die Umsetzungsphase des Bundesprogramms Aller.Land mit dem kulturellen Beteiligungsformat „Stadt.Land.Kult(o)ur“ im Altenburger Land**

Herr Apel, Leiter des Fachdienstes Wirtschaft, Tourismus und Kultur, wird um Erläuterung des Sachverhaltes gebeten.

Die Ausführungen erfolgen anhand einer **Power-Point-Präsentation**, die im Kreistagsinformationssystem eingestellt ist.

Herr Apel berichtet ausführlich über die Inhalte des Projektes, die Fördermodalitäten sowie das Akteursnetzwerk und die Erprobungsräume im Altenburger Land mit den durchgeführten Projekten.

In den Förderbedingungen sei festgeschrieben, dass die Antragstellung durch die Landkreise erfolgen muss. Der Eigenanteil in Höhe von 10 % kann durch eine inhaltliche Vorgabe der Rahmenbedingungen der Förderung abgedeckt werden. Es gebe die Aufforderung, dass mit einer halben Mitarbeiterstelle des Bestandspersonals die inhaltliche Zusammenarbeit stattfindet. Diese Stelle existiere seit über 30 Jahren im HH-Plan und erfülle wichtige Aufgaben in der Zusammenarbeit mit den Kulturakteuren. Im Rahmen der festgeschriebenen Aufgabenerfüllung sei es also möglich, diese Bedingungen der Förderung zu erfüllen, sodass dieser Eigenanteil erbracht werden kann, ohne dass Barmittel aus dem Haushalt eingestellt werden müssen. Der Region stehen demnach bis zu 1,35 Millionen Euro zusätzliche Mittel zur Verfügung, ohne dass Kreisumlagemittel zusätzlich aufgewendet werden müssen.

Herr Zippel informiert, dass der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport bei einer Stimmenthaltung die Annahme empfiehlt.

Der Finanzausschuss stimme ebenfalls einstimmig der Annahme zu, informiert Herr Nündel.

Der Kreisausschuss empfiehlt die Annahme bei zwei Stimmenthaltungen, teilt Herr Melzer mit.

Vor der Abstimmung zeigt Frau Susann Seifert Befangenheit hat.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 61:

Der Kreistag beschließt:

1. Den Landrat zu ermächtigen, die Bewerbung für die Umsetzungsphase des Bundesprogramms Aller.Land mit dem kulturellen Beteiligungsformat „Stadt.Land.Kult(o)ur“ im Altenburger Land zu veranlassen und im Fall der Bewilligung der beantragten Förderung, die Förderverträge mit dem Aller.Land-Programmbüro, Projekteure bakv gGmbH, unter Berücksichtigung einer Eigenbeteiligung in Höhe von bis zu 150.000 Euro abzuschließen.
2. Der Landrat wird beauftragt, jährlich über die Umsetzung des Projektes zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 41 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde mit 24 Ja-Stimmen bei 4 Nein-Stimmen und 11 Stimmenthaltungen gefasst. Zwei Mitglieder haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.

KT-DS/0067/2024

TOP 20 Beauftragung zur Vorbereitung der Gründung eines Zweckverbandes „Altenburger Museen“

Der Vorsitzende bemerkt, dass Herr Karthe, persönlicher Referent des Direktors der Altenburger Museen, anwesend ist und zum Sachverhalt informieren wird.

Er bittet, dass Herrn Karthe Rederecht erteilt wird. Dem wird zugestimmt.

Die Ausführungen erfolgen anhand einer **Power-Point-Präsentation**, die im Kreistagsinformationssystem eingestellt ist.

Herr Karthe informiert, dass 2020 die Gründung der kommunalen Arbeitsgemeinschaft der Altenburger Museen erfolgt ist. Es handele sich um einen Zusammenschluss des Lindenau-Museums und des Residenzschlosses Altenburg innerhalb der Arbeitsgemeinschaft, die allerdings keine juristische Bindung hat.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen geht Herr Karthe auf die Aufgaben und die Struktur der KAG und die Zusammenarbeit der Museen – trotz unterschiedlicher Trägerschaft – ein.

Es folgen Ausführungen zur Projektförderung Lindenau21^{Plus} und zu den Förderzielen.

Herr Karthe bittet, dem Beschlussvorschlag zur Vorbereitung eines Zweckverbandes zu folgen und alle Maßnahmen zur Gründung eines Zweckverbandes zu ergreifen sowie die finanziellen Rahmenbedingungen zu klären.

Frau Rath möchte wissen, warum das Mauritianum nicht mit dabei ist.

Herr Melzer antwortet, dass es natürlich im Vorfeld diesbezüglich Absprachen gegeben hat, auch schon, als die KAG im Jahr 2020 gegründet wurde. Man sei so verblieben, das Mauritianum außen vor zu lassen, weil die Förderkulisse beim Mauritianum eine völlig andere ist und die Angst bestand, dass es nicht mehr funktioniert. Mit dem Direktor des Mauritianums, Herrn Jessat, sei man aber im Gespräch.

Herr Karthe ergänzt, dass das Naturkundemuseum bei Veranstaltungen und auch bei der Werbung immer eine wichtige Rolle spielt und eng eingebunden wird.

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport empfiehlt einstimmig die Zustimmung, teilt Herr Zippel mit.

Der Kreisausschuss ebenfalls, informiert Herr Melzer.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 62:

Der Kreistag beauftragt den Landrat:

1. Die Schritte zur Gründung eines Zweckverbandes „Altenburger Museen“ vorzubereiten.
2. Eine Analyse mit Zeitplanung und eine Verbandssatzung sowie die entsprechenden Beschlüsse zur Gründung eines Zweckverbandes vorzubereiten.
3. Gespräche mit dem Freistaat Thüringen zu führen, um eine stärkere finanzielle Beteiligung an einem zukünftigen Zweckverband zu erwirken.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 41 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde mit 39 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme gefasst. Ein Mitglied hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Zur Durchführung des nicht öffentlichen Sitzungsteils wird die Sitzung von 20:23 Uhr bis 20:30 Uhr unterbrochen.

Die Öffentlichkeit wird gebeten, den Sitzungsraum zu verlassen.

Nach der Herstellung der Öffentlichkeit wird in der Tagesordnung fortgefahren.

KT-DS/0060/2024 nö

TOP 21 Beschluss zur Vergabe von Planungs- und Überwachungsleistungen > 100.000 Euro zum Bauvorhaben Grundhafte Erneuerung K 506 Sommeritz-Brandrübél - Objektplanung Verkehrsanlagen Leistungsphasen 1-9 sowie örtliche Bauüberwachung

Vor der Abstimmung bittet der Vorsitzende um Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Umwelt und Bau, der die Vorlage vorberaten hat.

Die Ausschussvorsitzende Frau Rath teilt mit, dass die Zustimmung einstimmig erfolgt ist.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 63:

Der Kreistag beschließt die Vergabe von Planungs- und Überwachungsleistungen > 100.000 Euro zum Bauvorhaben Grundhafte Erneuerung K 506 Sommeritz - Brandrübél an die Firma:

**doyé + grimm
Ingenieurgemeinschaft GbR
Lindenaustraße 19
04600 Altenburg**

für die Objektplanung Verkehrsanlagen Leistungsphasen 1 - 9 sowie örtliche Bauüberwachung als Stufenvertrag mit einer Bruttoauftragssumme i. H. v. ca. **51.000,00 Euro** (Planungsstufe I) und ca. **57.000,00 Euro** brutto (Planungsstufe II optional).

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 41 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig mit 41 Ja-Stimmen gefasst.

Altenburg, den 15. Januar 2025

Der Vorsitzende

Die Schriftführerin

Christian Gumprecht
Vorsitzender des Kreistages

Kerstin Gabler
Büro des Kreistages